Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Laden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Einzelnummer 25 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 4gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefbeförderung 20 Pf.

Nr. 80 | Dresden, Donnerstag den 8. April 1920 | 31. Jahrg.

Frankreichs Kampf gegen die deutsche Republik

Die Besetzung von Frankfurt, Hanau und Darmstadt durch die Franzosen bestätigt wieder die unglaubliche Kurzsichtigkeit einer aus Haßgefühlen geborenen kleinlichen Rachepolitik, von der Frankreich trotz Clemenceaus Abgang nicht lassen zu können scheint. Diese Politik schaut nur immer nach dem nächsten Ziel, Deutschland zu demütigen, zu verletzen, zu quälen. Was weiter daraus entsteht, ist ihr gleichgültig.

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Entente die Beseitigung der republikanischen Staatsform in Deutschland nicht ernsthaft will. Jedenfalls müßte von ihrem Vernunftsstandpunkt aus ihr jede andre Herrschaftsform in Deutschland unangenehmer sein. Ein bolschewistisches Deutschland würde für Frankreich und Italien die stete Gefahr eines Uebergreifens der Bewegung auf ihre eigenen Länder bedeuten. Die gegenrevolutionäre Restauration aber steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verbreitung des Revanchekrieges, das hat wohl der Kapp-Lüttwitz-Putsch zur Genüge bewiesen. Ein vernünftiger Franzose oder Engländer kann also gar nichts andres wünschen, als daß in Deutschland die Republik bestehen bleibt.

Mit ihrer Politik der kleinlichen Rachsucht setzen aber die Franzosen die Republik einer Belastungsprobe nach der andren aus. Sie braucht sich gar nicht offiziell in die innerdeutschen Verhältnisse einzumischen. Es genügt schon, daß sie mit Hilfe ihrer Siegermacht der Regierung Forderungen und Lasten auferlegt, denen diese nicht gewachsen ist.

So ist denn im Enderfolg das bisherige Wüten der Entente gegen Deutschland eine Schwächung der Republik geworden. Hätten wir in Deutschland eine andre Staatsform gehabt, so wäre diese genau so durch die Maßnahmen der Entente erschüttert worden. So aber trifft das Vorgehen der Entente speziell den republikanischen Gedanken.

Die Waffenstillstandsbedingungen, die Verlängerung der Blokade, der Vernichtungsfriede von Versailles, die Vergeltungsmaßnahmen von Scapa Flow sowie für die Mißhandlung einzelner Ententeangehöriger durch unverantwortliche Elemente, das wochenlange Pressen in der Auslieferungsfrage, all das hat in Wirklichkeit die deutsche Republik viel mehr erschüttert, als es alle monarchistische Propaganda ohne diese Tatsachen getan haben würde. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch wäre nicht denkbar gewesen, wenn nicht die unentwegt feindliche Haltung der Entente gegen Deutschland Revanchegedanken und monarchistischen Restaurationsplänen den Weg geebnet hätte.

Dagegen waren das Erstarken der Revisionsbewegung in England und das endliche Nachgeben der Entente in der Auslieferungsfrage nicht unbeträchtliche Aktivposten für die Republik. Hätte die Entente auf ihre Auslieferungsforderung bestanden, so wäre der Militärputsch wahrscheinlich schon im Februar ausgebrochen und mit einer ganz andern moralischen Wirkung auf das Volk.

Wenn wir aber Hoffnungen hegten auf eine vernünftigere und maßvollere Politik der Entente gegen Deutschland, so sind sie nun durch den Einmarsch der Franzosen in das mittelrheinische Gebiet jäh zerstört worden. Den Franzosen war genau bekannt, daß die deutschen Truppenbewegungen im Ruhrgebiet sich in keiner Weise gegen Frankreich richteten, daß sie durch die Gebote der äußersten Not und der nackten Staatserhaltung bedingt waren, nachdem die Regierung Schritte auf Schritte unternommen hatte, um die Aufstandsbewegung ohne Blutvergießen und Truppeneinmarsch beizulegen. Der Sachverhalt ist so klar, daß eigentlich jedes Wort hier überflüssig ist.

Es scheint in Frankreich noch immer Leute zu geben, die keine größere Sehnsucht kennen, als sich am Anblick eines gänzlich in Trümmer gehenden Deutschlands zu weiden. Sie sollen sich erinnern, daß, wenn von zwei Nachbarhäusern die Wand an Wand aneinander lehnen, das eine unbedacht abgebrochen wurde, auch das andre den Halt verlor und zusammenstürzte. So können auch die vergnügten Zuschauer schneller als sie ahnen in den von ihnen veranlaßten Zusammenbruch hineingezogen werden.

Blutige Zusammenstöße

Wie sich jetzt herausstellt, ist der Einzug der französischen Truppen in das deutsche Gebiet doch nicht ohne Reibungen vor sich gegangen. So meldet ein in Paris veröffentlichter amtlicher Bericht die Entwaffnung eines in seiner Kaserne überraschten Bataillons der Frankfurter Sicherheitswehr. Im Laufe des Tages ist es dann in Frankfurt zwischen der Bevölkerung und der fremden Soldateska zu heftigen Zusammenstößen gekommen, die nach der Angabe der Rettungswachen bis jetzt 6 (nach andern Meldungen 10) Tote und 35 Verwundete forderten. Wir erfahren darüber folgendes:

Frankfurt a. M., 8. April. Gestern mittag gegen 1½ Uhr kam es an der Hauptwache, wo die Marokkaner postiert waren, zu einem bedauerlichen Zwischenfall. Der marokkanische Oberbefehlshaber glaubte sich durch die große Menge, die sich angesammelt hatte, bedrängt und ließ ein Maschinengewehr aufstellen. Die Menge stob auseinander. Der Kommandierende gab Befehl zum Feuern. 7 Personen blieben auf dem Platze; es waren meist Kinder, die verwundet wurden.

Außer bei der Hauptwache ist es auch am Kaiserplatz zu Zusammenstößen mit den Franzosen gekommen. Nach der Meldung eines hiesigen Lokalberichterstatters sollen dort drei französische Soldaten niedergeschlagen und ein Offizier der Besatzungstruppen schwer verwundet worden sein.

Starke französische Patrouillen mit Tanks, Maschinengewehren und aufgepflanztem Bajonett durchziehen jetzt die Straßen Frankfurts. Die Bevölkerung ist in dichten Massen auf der Straße und äußerst erregt. Die Gerüchte von einer Räumung Frankfurts entbehren jeder Grundlage. Den Zeitungen ist das Erscheinen wieder gestattet unter der Voraussetzung, daß sie die Mahnung des Polizeipräsidenten zur Ruhe auf der Titelseite bringen. Die Schriftleitungen sind jedoch für jeden Artikel und für jede falsche Nachricht verantwortlich. Für Zuwiderhandlungen sind hohe Geldstrafen oder Inhaftnahme des betreffenden Schriftleiters vorgesehen. Der Telegramm- und Fernsprechverkehr, der vollständig geruht hatte, ist inzwischen wieder freigegeben. Auch der Bahnverkehr vollzieht sich wieder normal. Auch die Nachbarstadt Frankfurts, Offenbach, ebenso Homburg und Königstein sind von den Franzosen besetzt worden. Nach der Besetzung von Hanau ist die französische Rheinflottille dort eingetroffen. Der größte Teil der französischen Truppen, die Frankfurt besetzt haben, ist von Wiesbaden herangerückt. In Wiesbaden wurde am Montag abend, nachdem sich die dortigen Besatzungstruppen gegen Frankfurt in Marsch gesetzt hatten, der Belagerungszustand verhängt. Die französische Militärbehörde forderte gestern nachmittag vom Magistrat der Stadt Frankfurt zunächst für 230 Offiziere bzw. Offiziersfamilien Bürgerquartiere, was darauf schließen läßt, daß sich die französische Besatzung auf längeres Verweilen in Frankfurt einrichtet.

In Darmstadt erschien der französische Oberst Wimpffen beim hessischen Staatspräsidenten Genossen Ulrich und stellte sich als Träger der Verbindung zwischen der hessischen Regierung, der Bevölkerung, den Besatzungstruppen, dem französischen Oberkommando Mainz und der hohen Kommission in Koblenz vor. Der Staatspräsident wiederholte seinen Einspruch gegen die Besetzung, die er als unzulässig und ungerecht betrachten müsse, da sie mit dem Friedensvertrag und dem Rheinlandabkommen nicht vereinbar sei. Von Oberst Wimpffen wurde wiederholt zugesichert, daß die hessische Regierung in ihrer Amtstätigkeit und dem Verkehr mit den Reichsbehörden vollkommen frei und unbehindert bleibe, daß die Besetzung von Darmstadt sobald als möglich eine wesentliche Verringerung erfahren und daß nach Möglichkeit eine den Zuständen in dem bisherigen besetzten Gebiet entsprechende Lage geschaffen werden soll.

•

Ein Vierteljahr Besetzung

Frankfurt, 8. April. Wie aus Kreisen der Besatzungstruppen mitgeteilt wird, soll die Besetzung von Frankfurt, Darmstadt und den übrigen Orten auf die Dauer von drei Monaten vorgesehen sein. Die Besetzung Aschaffenburgs ist in Erwägung gezogen.

•

Das Abkommen vom 6. August

In Frankreich hat, nach Havas, die Entschlossenheit Millerands einstimmige Billigung gefunden. Deutschland wisse nun, daß die Franzosen zur Durchführung des Versailler Friedens vor den schärfsten Mitteln nicht zurückschrecken. Der Vertrag vom 6. August 1919, der von Foch unterzeichnet ist und Deutschland eine Besatzungstruppe in Stärke von zwanzig Bataillonen, zwei Batterien und zehn Schwadronen für die neutrale Zone zubilligt, laufe am 10. April ab. In vier Tagen also müßten sämtliche deutschen Soldaten diese Zone verlassen haben. Millerand erklärte Herrn Mayer in seinem gestrigen Schreiben, daß die Ausführung aufs schärfste überwacht werden würde.

Wie jedoch das Berliner Tageblatt von gutunterrichteter Seite erfährt, ist die Reichsregierung mit der Entente in Verhandlungen eingetreten, um eine Verlängerung des Augustabkommens über die Truppenhaltung in der neutralen Zone bis zum 10. Juli zu erreichen. Dieser Schritt wird mit der Notwendigkeit, noch mehrere Monate eine stärkere Polizeitruppe dort zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu benötigen, begründet.

Frankreich mit der Besetzung einverstanden

(Eigene Drahtmeldung)

Paris, 8. April. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat in einer Sondersitzung am 6. April das Vorgehen der Regierung in der Besetzung einstimmig gebilligt. Die Sozialdemokraten erhoben keinen Widerspruch.

•

Millerands Rechtfertigungsversuche

Berlin, 8. April. Von informierter Seite erfahren wir, daß der französische Geschäftsträger de Marcilly gestern beim Minister des Aeußern Hermann Müller vorsprach, um im Namen der französischen Regierung zu erklären, daß diese nicht beabsichtige, Deutschland in dem Bestreben, Ruhe und Ordnung im Ruhrrevier herzustellen, zu hindern. Der französische Einmarsch habe den Zweck, Frankreich Sicherungen dafür zu geben, daß die Truppenansammlungen im Ruhrrevier sich nicht zu einer Bedrohung auswachsen. Die französische Regierung weist den Vorwurf zurück, daß ihrem Vorgehen ein Einmischen in innerdeutsche Angelegenheiten zugrunde gelegt werde.

Den französischen diplomatischen Vertretern im Auslande hat Millerand eine Zirkularnote gesandt mit der Aufforderung, den fremden Regierungen mitzuteilen, daß Frankreich nicht unter dem Eindruck deutschfeindlicher Gefühle handle. Die deutsche Regierung habe unter dem Druck der Militärpartei den Versailler Vertrag verletzt. Trotzdem hoffe Millerand, bald wieder normale Beziehungen auf der Grundlage eines wirtschaftlichen Verkehrs mit Deutschland aufnehmen zu können.

•

Wilson warnt die Alliierten

Kopenhagen, 8. April. Wilson hat an den Obersten Rat eine Note gerichtet, in der er auf die Gefahren aufmerksam macht, die Frankreichs eigenmächtiges Vorgehen für den Block der Alliierten und für die Lage in Europa bedeutet. Der Präsident stellt das französische Vorgehen in seiner Note dem Vorgehen Italiens in der Adriafrage gleich.

Amerikas Sonderfriedensaktion

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 8. April. Die amerikanische Regierung hat mit hervorragenden Führern des Senats eine Konferenz abgehalten, in der die künftige Stellung Amerikas und die Einleitung einer Sonderfriedensaktion erörtert wurde. Es ist der Beschluß gefaßt worden, Amerika solle unmittelbar nach Wiederherstellung des Friedenszustandes den alliierten Regierungen den offiziellen Antrag zugehen lassen, in dem eine Revision des Friedensvertrages gefordert wird. Amerika soll ferner vorschlagen, eine neue Friedenskonferenz einzuberufen. Maßgebende englische Kreise sollen diesen Forderungen zustimmend gegenüberstehen.

Wann sind die Reichstagswahlen?

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 8. April. Die Meldung, daß die Neuwahlen zum Reichstag am 6. Juni stattfinden sollen, ist, wie uns von maßgebender Seite versichert wird, verfrüht. Ein Termin ist noch nicht beschlossen. In Kürze wird der Entwurf eines Reichstagswahlgesetzes der Oeffentlichkeit übergeben werden. Er beruht auf dem Kompromiß der Vorentwürfe B und C. Er sieht 122 Wahlkreise und 21 Verbandswahlkreise vor. Auf je 60 000 abgegebene Stimmen soll ein Abgeordneter entfallen. Es besteht die sichere Annahme, daß die Parteien die Absicht haben, die neuen Wahlkreise fallen zu lassen und durch die verfassunggebende Nationalversammlung eine Aenderung einzuführen, da dies ja auch durch die Ablehnung der durch den Friedensvertrag verlorengehenden Wahlkreise erforderlich wird.

Nun erst recht!

Die Parteien marschieren zum Wahlkampf auf. Die Deutschnationalen, Ortsgruppe Dresden, besorgen es im Inseratenteil der Dresdner Nachrichten mit einem Aufruf, der äußerlich pompös und innerlich oberfaul anmutet. Für tausend Mark Inseratengebühren suchen sie darin das politische Naturwunder zu beweisen, daß sie mit Kapp-Lüttwitz einerseits nicht einverstanden waren, anderseits aber **mit Kapp-Lüttwitz einverstanden sind!**

Nimmt man Satz für Satz her, so entpuppt sich der eine wie der andre als Schwindel und Verdrehung. Zwei Beispiele nur: „Was Kapp und Lüttwitz gewollt haben, entspricht zum guten Teil den Wünschen der großen Mehrheit des deutschen Volkes." In Wirklichkeit verkrachte Kapp innerhalb fünf Tagen am Widerstand der erdrückenden Mehrheit des Volkes! Der Hochverrat vom 13. März soll nichts weiter gewesen sein als die Revolution vom 9. November 1918. In Wirklichkeit war der 9. November keine Revolution, sondern ein Zusammenbruch der alten Staatsmacht draußen wie drinnen, und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stellte sich (mit Einschluß der Deutschnationalen!) auf den Boden der neuen Tatsachen. Kapps Streich dagegen war der Versuch einer Handvoll verbrecherischer Reaktionäre, den Mehrheitswillen des Volkes zu zertrampeln!

Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß die Deutschnationalen solche ethische Unterschiede politischer Geschehnisse je kapieren. Wir wollen an diesen zwei Beispielen der Oeffentlichkeit nur zeigen, mit welcher Skrupellosigkeit von dieser Seite aus der Wahlkampf geführt werden wird. Es ist der Versuch einer engen armseligen Weltanschauung, über ihren Bankrott mit den armseligsten Mitteln hinwegzutäuschen.

Und so was von Aufruf überschreibt sich: „Nun erst recht deutschnational!" Den Kriegshetzern und Kriegsschuldigen von ehedem wird das Volk darauf wie ein Echo antworten: Nun erst recht deutschnational unten durch!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200408/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Geßler über die Reichswehr

Minister Geßler gab vor Pressevertretern einen kurzen Situationsbericht über die Lage im Reichswehrministerium.

Es handle sich zunächst darum, begann er, eine Konsolidierung der Verhältnisse eintreten zu lassen, und vor allen Dingen sei es sein Bestreben, die Aufhebung des Ausnahmezustandes herbeizuführen. In Thüringen ist die Aufhebung bereits erfolgt. Für Teile Preußens steht sie in den allernächsten Tagen bevor. Außerdem wird bei einer künftigen Verhängung des Ausnahmezustandes die vollziehende Gewalt nicht mehr auf den Militärbefehlshaber übergehen, sondern auf besondere Zivilkommissare.

Was die Verhältnisse in der Reichswehr anlange, so muß man zwischen Heer und Marine unterscheiden. Zur Zeit steht die Angelegenheit bei der Marine so, daß weder in Kiel noch in Wilhelmshaven sich ein Offizier im Dienst befindet. In Kiel sind alle Offiziersstellen mit Deckoffizieren besetzt. In Wilhelmshaven hat sich das gesamte Offizierskorps in Schutzhaft befunden. Der Minister kommt dann auf die in der Presse gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurück, daß er die Offiziere wieder aus der Schutzhaft entlassen habe. Die Entlassung ist zu Recht erfolgt, und zwar auf Grund einer Beschwerde, die gesetzmäßig, und zwar nach den gesetzlichen Bestimmungen vom Jahre 1916 über die Schutzhaft, erfolgt sei und der der Oberreichsanwalt stattgegeben habe. Die Verfolgung aller Beschuldigungen, die auf Grund des Kapp-Lüttwitz-Unternehmens gegen die Offiziere erhoben sind, findet nicht durch die Militärgerichte, sondern durch Zivilgerichte statt, wie dies durch das am Mittwoch voriger Woche beschlossene und am Sonnabend voriger Woche verkündete Gesetz bestimmt wird.

Für das Reichswehrministerium kann es daher nur darauf ankommen, vorläufige Enthebungen von Kommandostellen durchzuführen. Einzelne Enthebungen sind bereits bis zum Abschluß des gegen die Offiziere schwebenden Verfahrens vorgenommen, z. B. ist der General Maercker, natürlich auch der General v. Lüttwitz, weiter die Generale v. Estorf, Lettow-Vorbeck, v. Borries, General Strempel (Spandau), die Generale v. Oven und v. Hülsen beurlaubt. Ebenso sind der General v. Ammon und die kommandierenden Generale von Breslau und Stettin von ihren Posten abberufen. Das gleiche trifft für eine Reihe von Generalstabsoffizieren zu. Im Reichswehrministerium selbst ist eine Untersuchungskommission eingerichtet, der ein parlamentarischer Unterstaatssekretär beigegeben ist. Die Verwaltung kann aber im Augenblick nicht völlig umgestaltet werden; es kommt darauf an, nicht nur die alten Offiziere abzusetzen, sondern auch die richtigen neuen Leute auf die einzelnen Posten hinzubringen.

Im Interesse der Reichswehr glaubt der Reichswehrminister daran festhalten zu müssen, daß nicht auf Grund von Denunziationen hin Verabschiedungen erfolgen, sondern daß eine richtige Untersuchung vorgenommen wird. Hierbei ist die Schwierigkeit der Untersuchung nicht zu verkennen, ist doch der größte Teil der Offiziere von ihrem Posten entfernt, zahlreiche Truppenmassen befinden sich auf dem Marsch.

Der Minister kommt sodann auf die Verhältnisse in der Marinebrigade Ehrhardt zu sprechen. Die Entwaffnung der Brigade ist sehr schwer, denn es handelt sich dort um 5000 bis an die Zähne bewaffnete Leute, die sich nicht so einfach entwaffnen und fortschicken lassen. Die Absicht, die Marinebrigade im Lager Lockstedt aufzulösen, ist durch die Haltung der Eisenbahner vereitelt worden. Der Reichswehrminister hat nunmehr den Befehl gegeben, die Brigade auf einen isolierten Truppenübungsplatz zu überführen, wenn sich die Truppen dort nicht freiwillig entwaffnen lassen, so wird die Entwaffnung mit Gewalt vorgenommen werden.

•

Die Landsknechte von Döberitz

Terror schlimmster Art üben die Landsknechte von Döberitz, die immer noch nicht entlassenen oder aufgeteilten Mannschaften der Brigade Ehrhardt, aus. Von allen Gebäuden flattern die schwarz-weiß-roten Fahnen, und unter dem Schutz der am Putsch beteiligten Offiziere, die immer noch „ihrem Schicksal entgegensehen", wird alles, was nicht schwarz-weiß-rot denkt, zwar nicht an die Wand gestellt, aber immerhin mundtot gemacht. Die hundertundzwanzig Mann von der Etappenkommandantur in Döberitz sind treue Republikaner und zum Teil Mitglieder des Republikanischen Führerbundes. Da sie es nicht für eine Schande halten, inmitten der Republik Deutschland Republikaner zu sein, beschafften sie sich aus eigenen Mitteln die offizielle Fahne der Republik Deutschland — Schwarz-rot-gold, und hißten sie am Ostersonnabend auf ihrem Gebäude. Am nächsten Morgen war sie verschwunden — wo, wissen die Landsknechte von der Brigade Ehrhardt. Plakaten und Flugzetteln, die für den Republikanischen Führerbund werben sollten, ging es nicht besser. Als die Mannschaften von der Etappenkommandantur gegen diesen Terror Einspruch erhoben, drohte man ihnen mit Waffengewalt, falls sie sich noch einmal mausig machen sollten. Unter den Drohern und Hetzern spielten Offiziere die erste Rolle. Nachts wurden daraufhin den Mannschaften der Etappenkommandantur die Fenster mit Steinen eingeworfen.

Man sollte annehmen, daß die Regierung ein Interesse daran hat, diese verwilderte Truppe mit ihren konterrevolutionären Offizieren baldmöglichst aus dem Reichswehrbestand verschwinden zu lassen. Dem scheint aber nicht so zu sein. Im Gegenteil, wie uns mitgeteilt wird, nehmen die Werbungen für die Marinebrigade Ehrhardt lustig ihren Fortgang. Werbeonkel spielen dabei ein blutjunger Leutnant und zwei Matrosen, auf deren Mützenbändern noch immer (oder schon wieder) das Kaiserlich deutsche . . . prangt. Täglich erscheinen neue Leute im Lager Ehrhardt, die sofort eingekleidet und bewaffnet werden. Denn mit Munition und Ausrüstungsgegenständen ist man gut versehen. Man braucht ja nur anzufordern . . .

Was schert diese Leute überhaupt die Republik. Für sie ist auch heute noch alles so wie in den Tagen des Putsches. Und so hält man denn einen Bäcker der Bäckereikolonne Riebermeier, der es gewagt hat, der Reaktion während des Kappstreiches den Dienst zu verweigern, bis auf den heutigen Tag hinter Schloß und Riegel. Wir aber müssen immer wieder fragen, wie lange soll dieses Spiel mit umgekehrten Vorzeichen noch dauern? Bis es wieder zu spät ist?

•

So geht das nicht weiter!

Der Vorwärts schreibt:

Seit Wochen erheben wir gegen das Reichswehrministerium den Vorwurf, daß nichts geschieht, um Unteroffiziere und Mannschaften, die sich von ihren Offizieren nicht zum Verfassungsbruch mißbrauchen ließen, vor der Rache ihrer Vorgesetzten zu schützen. Wir haben immer wieder auf die Tatsache hingewiesen, daß an Stelle der Meuterer die treuen Männer auf das Pflaster fliegen. Und so viel wir auch an Material beibrachten, stellt das Vorgebrachte nur einen Bruchteil der Vorkommnisse dar. Das Wenigste, was wir erhofften, war eine Verhinderung weiterer Frechheiten der rechtsbolschewistischen Revolteure.

Wir haben damit das Gegenteil erreicht! Nicht nur, daß nichts geschieht; es werden vielmehr in den Truppenteilen, deren Klagen wir vorbrachten, die „Säuberungsaktionen" gegen verfassungstreue Leute beschleunigt. So fühlen sich die Herren in Potsdam (das heute noch wie ein gegenrevolutionäres Heerlager aussieht) stark genug, alle Leute, die sich an der von uns oben erwähnten Eingabe an die Regierung beteiligt haben, ohne jede Frist auf die Straße zu werfen. In ihren Entlassungszeugnissen wird von „schweren Verfehlungen" geschrieben.

Doch nicht nur in Potsdam. Von allen Seiten kommt uns Kunde. So werden in Detmold beim dortigen Reichswehrregiment, das dem Oberbefehl General Watters unterstellt, die Entlassungen der Leut' und Unterführer rücksichtslos durchgeführt, die während der Kapp-Zeit die Frechheit besessen hatten, die Herren Offiziere um klare Stellungnahme zu ersuchen.

Wir haben es satt, uns weiter von gegenrevolutionären Landsknechten verhöhnen zu lassen und ersuchen den Reichswehrminister nachdrücklich, von seiner Existenz endlich etwas merken zu lassen!

•

Schutz für verfassungstreue Unteroffiziere und Mannschaften

wtb. Berlin, 7. April. Auf Grund von Mitteilungen über Vorgehen gegen Unteroffiziere und Mannschaften, die sich verfassungstreu gegen den Kapp-Putsch aufgelehnt haben, hat der Reichswehrminister folgenden Befehl erlassen:

An Reichswehrgruppenkommandos 1 und 2 und Wehrkreiskommandos 1 bis 7.

Es ist sofort festzustellen und telegraphisch zu melden, wo gerichtliche Verfahren gegen Unteroffiziere und Mannschaften auf Grund von Vorgängen, die mit dem Kapp-Lüttwitz-Unternehmen in irgendeinem Zusammenhang stehen, anhängig sind. Ebenso ist zu melden, wo auf Grund der gleichen Vorgänge Disziplinarmaßregeln oder Entlassungen stattgefunden haben. Solche Maßregeln sind in jedem Falle von dem beauftragten Disziplinarvorgesetzten nachzuprüfen. Zur Abwehr des Kapp-Hochverrats begangene Handlungen irgendwelcher Art sind als mit dem Hochverratsunternehmen vom März 1920 zusammenhängend zu richten. Es sind daher auch die vorerwähnten Fälle auf Grund des Gesetzes vom 3. April 1920 sofort an die bürgerlichen Gerichte abzutreten. Reichswehrminister Geßler.

•

Die Verhandlungen der Organisationen mit der Regierung

Berlin, 8. April. Vom Gewerkschaftsbund geht dem Vorwärts folgende Erklärung zu: Bei den heutigen Verhandlungen der Vertreter der Arbeiterorganisationen mit der Reichsregierung ergab sich das folgende:

Die Reichsregierung erklärt daß die Truppen, wenn irgendmöglich, in den nächsten Tagen aus dem ganzen Ruhrrevier zurückgezogen werden. Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß der Vormarsch südlich der Ruhr nicht erfolgen darf. Die gleiche Anordnung hat Severing getroffen. Seitens der Regierung ist bereits angeordnet, daß die Zeitfreiwilligen-Formationen in Deutschland sofort aufgelöst werden sollen; desgleichen die Einwohnerwehren. Die Ortswehren sollen nach den von den Arbeiterorganisationen gemachten Vorschlägen eingerichtet werden. Bezüglich der Vorgänge in Wilhelmshaven, Altenburg usw. erklärte der Justizminister im Einverständnis mit dem Reichskanzler, daß gegen die Haftentlassung der Offiziere durch das Reichsmilitärgericht auf Grund des Schutzhaftgesetzes rechtlich nichts eingewendet werden könne, weil keine Tatsachen beigebracht seien, die einen Haftbefehl rechtfertigen. Munitionslieferungen an konterrevolutionäre Truppen finden nicht statt. Falls solche Lieferungen vorkommen, wird die strengste Bestrafung eingeleitet. Die Auffassung der Arbeitervertreter über die Reorganisation der Sicherheitswehr wird von der Reichsregierung geteilt. Es haben heute auch in diesem Sinne Verhandlungen mit dem preußischen Ministerpräsidenten stattgefunden.

•

„Gesundheitsrücksichten"

(Eigene Drahtmeldung)

Magdeburg, 8. April. Generalmajor von Brodbeck, der sich als oberster militärischer Führer in Magdeburg während der Kappwirren offen auf die Seite der Kappregierung gestellt hatte und verhaftet worden war, ist nunmehr aus „Gesundheitsrücksichten" aus der Haft entlassen worden.

Fortdauer der Kämpfe im Ruhrrevier

Münster, 8. April. Mit der Fortdauer des Kampfes wird hier bis mindestens Ende der Woche gerechnet, da die roten Truppen noch über viel Artillerie und, wie es heißt, noch über 85 Geschütze verfügen. Der Schaden in den geplünderten Städten ist sehr groß. Er wird allein in Essen auf mindestens 8 Millionen Mark berechnet. 212 bewaffnete Plünderer wurden dem Staatskommissar Severing zur Strafeinleitung abgeliefert. In der Umgebung von Recklinghausen sind erbitterte Kämpfe im Gange.

Bochum, 8. April. Der Streik der Eisenbahner ist beendet und der Verkehr nach allen Richtungen wieder aufgenommen. Die Forderungen der Eisenbahner sind restlos erfüllt worden. Gestern ist ein Regiment Reichswehrtruppen in Eicke und Bochum eingerückt, um die Ablieferung der Waffen zu überwachen. Bisher sind etwa 2000 Gewehre abgeliefert worden. Ein Teil der Gewehre ist in einem Kraftwagen entführt, auch sind verschiedene Gewehre unter der Hand veräußert worden. Aus Essen wird gemeldet: Aus dem ganzen Industriegebiet und den angrenzenden ländlichen Gegenden kommen Nachrichten von Plünderungen und Ausschreitungen der Roten Armee auf dem Rückzug. In der Bevölkerung des Industriegebietes wird das Verhalten der Regierung und des Reichskommissars Severing, die solange untätig zusahen, wie die Rote Armee im vandalischer Weise im Industriegebiet hauste und riesige Werte vernichtete, scharf kritisiert.

Ein Kabinett Apponyi in Ungarn

Budapest, 8. April. In politischen Kreisen sind ernstliche Verhandlungen im Gange, die die Einsetzung eines neuen Konzentrationskabinetts bezwecken, an dessen Spitze Graf Albert Apponyi gestellt werden soll. Graf Kuno Klebelsberg, der die Verhandlungen führte, erklärte gestern, daß nicht nur die Landwirtspartei, sondern auch der christliche Block ein Kabinett Apponyi unterstützen würde, wenn es die wichtigsten Portefeuilles mit ihren Staatsmännern besetzen würde. Auch die gemäßigten Parteien wollen ein Kabinett Apponyi unterstützen.

Der Sieg der dänischen Arbeiter

Das neue dänische Kabinett stellte sich am Dienstag dem Reichstag vor und wurde von allen Parteien sympathisch begrüßt. Die Lösung der Krise ist ein vollständiger Sieg der organisierten Arbeiterschaft. Alle ihre Forderungen sind angenommen, darunter die nach Aufhebung der Ankündigung der Aussperrung, die Sicherung einer Teuerungszulage für Arbeiter sowie die Einführung von Betriebsräten und die Amnestie für alle politischen Vergehen.

Die Neuwahlen für das Folkething sind für den 22. April festgesetzt.

Die neue Grenze

Kopenhagen, 7. April. Nach einem Telegramm zur Zeitung Politiken verlautet dort mit großer Bestimmtheit, daß der Bericht der internationalen Kommission über die neue Grenze zwischen Dänemark und Deutschland fertiggestellt worden ist und jetzt dem Obersten Rate in Paris vorgelegt werden wird. Die Kommission hat sich nicht durch die politischen Ereignisse in Dänemark beeinflussen lassen. Sie wird die Grenze nach den klaren Worten des Versailler Vertrages festlegen und endgültig auf der Grundlage der Volksabstimmung bei entsprechender Berücksichtigung der wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse die Entscheidung treffen.

Für eine neue Internationale

London, 6. April. Die Glasgower Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei beschloß den Austritt aus der Genfer Internationale. Nach Ablehnung des Antrages auf sofortigen Anschluß an die Moskauer Internationale wurde beschlossen, die Schweizer Genossen zu ersuchen, Beratungen über die Möglichkeit der Bildung einer einzigen, alle umfassenden Internationale zu veranstalten.

Republik Litauen

Kopenhagen, 7. April. Berlingske Tidende meldet aus Kowno: Der Entwurf einer Verfassung für den litauischen Staat ist jetzt ausgearbeitet und wird unmittelbar nach Ostern der Verfassungskommission zugehen. Der litauische Staat wird eine demokratische Republik mit einem Präsidenten als Oberhaupt werden. Das Parlament wird aus einer Kammer bestehen. Das Wahlrecht erhalten alle Männer und Frauen, die das 21. Lebensjahr abgeschlossen haben. Das Parlament wird auf drei Jahre gewählt und kann nicht aufgelöst werden. Auch der Präsident wird auf drei Jahre gewählt, und zwar vom Parlament. Er kann nur einmal wiedergewählt werden. Der Verfassungsentwurf wird der Nationalversammlung vorgelegt werden, sobald diese im Mai zusammentreten wird.

Handel mit Rußlands Genossenschaften

Bei uns und in andern Ländern hoffen weite Kreise der Bevölkerung darauf, mit den russischen Genossenschaften in Geschäftsverbindung zu treten, um dem Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen steuern zu können. Verbindungen sollen so bald wie möglich geknüpft werden. Darauf kommt es nämlich vor allem an, auf die Möglichkeit, die heute noch nicht gegeben ist. Es ist aber zu befürchten, daß der Eintritt der Möglichkeit große Enttäuschungen bereiten wird. Und am meisten befürchten wir, daß diese in Deutschland, wo kritiklos und zum Teil sogar gewissenlos übertriebene Hoffnungen genährt werden, am größten sein werden. Der russische Markt, soweit er für die Ausfuhr überhaupt noch etwas abzugeben hat, wird dem gehören, der am kraftvollsten und zahlungsfähigsten auftritt. Außerdem wird er bei dem ungeheuren allgemeinen Gütermangel von Käufern überlaufen sein. Kraft, die Vorrang sichert, und Zahlungsfähigkeit, die in gleicher Richtung wirkt, sind uns Deutschen leider abhanden gekommen. Wir werden im großen Haufen der Nachfrager keine besonders glänzende und beneidete Rolle auf der russischen Messe spielen können. Leider ist aber, wie gesagt, die Nachfrage ungeheuer. Insbesondere lechzt England nach Rußlands Rohstoffen für seine Industrie im Interesse seiner geschwächten Valuta. Es wird also ein lebhaftes Gedränge auf dem russischen Markt entstehen, bei dem der große Geldbeutel, der am meisten Kredit zu schenken vermag — und den hat nicht Deutschland —, sich wahrscheinlich durchsetzen und den Rahm von der Milch schöpfen wird.

Und wie groß können denn wohl noch die Vorräte sein, auf die viele Millionen hypnotisiert hoffen? Rußland lag doch auch vier Jahre im Kriege der die ganze schaffende Manneskraft der wertezeugenden Tätigkeit entzog. Dann folgten zwei Jahre Bürgerkrieg, ein Zustand, der bekanntlich ebenso wenig geeignet ist, Vorräte sich häufen zu lassen. Seit geraumer Zeit geht es auch in Südrußland wieder im mörderischen Kampfe hin und her. Es wäre gegen alle Erfahrung, wenn dabei nicht in Wochen mehr vernichtet würde, als in Jahren erzeugt werden könnte. Wenn die Maschinengewehre rattern und Handgranaten krachen, pflegt für den Export verflucht wenig gearbeitet zu werden. Endlich ist der Mangel an Transportmitteln aller Art im riesengroßen Rußland so über alle Maßen stark, daß es langer Vorbereitungen bedürfen wird, um das Notdürftigste für die Fortschaffung etwa aufgestapelter und noch nicht verdächtiger Warenvorräte bereitzustellen. Es türmen sich da Schwierigkeiten von unübersehbarem Umfang auf.

Die deutschen Genossenschaften sind seit langem — die Anfänge gehen bis zum Sonderfriden mit der Ukraine zurück — bemüht, mit den Genossenschaften des Ostens den Warenaustausch in die Wege zu leiten. Die Bemühungen werden, wie wir zur Beruhigung und Befriedigung mancher Leser mitteilen möchten, selbstverständlich ernsthaft fortgesetzt. Am guten Willen, an den geschäftlichen Fähigkeiten, auch an den Mitteln fehlt es gewiß auf beiden Seiten nicht. Erreicht ist bisher so gut wie gar nichts. Warum? Waren brauchen Wege, und zwischen Rußland Deutschland bestehen gegenwärtig leider keine Wege. Erst wenn der Friede zwischen den Völkern und innerhalb der Völker selbst beglückende und erlösende Tatsache geworden ist, wird auch der gerade Warenaustausch zugleich mit der planmäßigen gesteigerten Warenerzeugung wieder zur Tatsache werden.

Verbot der Einwohnerwehren

Berlin, 7. April. General Nollet hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der interalliierten militärischen Kontrollkommission der deutschen Regierung eine Note überreicht, in der es heißt:

Es ist Vermerk genommen worden von dem Datum des 10. April 1920 für die Auflösung der Reichswehr-Freiwilligen. Was die Einwohnerwehren anbelangt, so legt die interalliierte Kontrollkommission Wert darauf, die folgenden Punkte zu präzisieren: Die Einwohnerwehren können, obwohl sie sich mit dem Charakter von rein zivilen Organisationen zu umkleiden versuchen, nicht mehr gestattet werden, welches auch immer ihre Rolle für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein mag, da ihre Bewaffnung, Eingliederung und Stärke unbestreitbar eine Mobilisation begünstigen, die nach dem Friedensvertrage verboten ist und da die Einwohnerwehren im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 156, 168, 175, 177 und 178 des Friedensvertrages stehen. Die Note sagt dann weiter, daß der 10. April 1920 als äußerste Grenze für die Ausführung der Entscheidung des 1. Dezember 1919 bestimmt ist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200408/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Das Reichs-Heimstättengesetz

Der Nationalversammlung liegt nunmehr der Entwurf eines Reichs-Heimstättengesetzes vor, das von den beteiligten Kreisen seit langer Zeit dringend gefordert worden ist. Mehrere deutsche Länder haben schon Heimstättengesetze erlassen oder vorbereitet. Das Reichs-Heimstättengesetz will nunmehr einheitlich für alle Länder zweckmäßige Grundsätze aufstellen. Hierauf beschränkt es sich. Sein Hauptziel ist, die neue Form der Heimstätten rechtlich zu gestalten, die Bereitstellung von Mitteln an Land und Geld gehört nicht zu seiner Aufgabe. Infolgedessen hat das Gesetz äußerlich einen sehr nüchternen Anstrich. Es stellt zunächst den Begriff der „Wohnheimstätte", die aus einem Einfamilienhause mit oder ohne Nutzgarten besteht, und der „Wirtschaftsheimstätte" als eines Anwesens, das eine Familie ohne ständige fremde Arbeitskräfte bewirtschaften kann, fest. Bei ihrer Verleihung sollen Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und kinderreiche Familien vorzugsweise berücksichtigt werden. Die übrigen Paragraphen geben eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen über die Eintragung im Grundbuch, Teilung, Vergrößerung, Verkleinerung, Veräußerung der Heimstätte, Vorkaufsrecht der ausgebenden Stelle, Belastung der Heimstätte, Ausschluß der Zwangsvollstreckung, Verfahren bei Eintritt eines Erbfalles, Bedingungen für die Löschung der Eigenschaft als Heimstätte. Durchweg werden den obersten Landesbehörden die Ausführungsbestimmungen überlassen. Die Reichsregierung kann dazu mit Zustimmung des Reichsrates Vorschriften geben. Alle Geschäfte und Verhandlungen zur Begründung und Vergrößerung von Heimstätten sind frei von Gebühren, Stempeln und Steuern. Die Begründung des Gesetzes bezeichnet es ausdrücklich als ein Rahmengesetz, das im wesentlichen nur Grundsätze aufstellt.

Hilfsmaßnahmen für Mitteleuropa

London, 7. April. Sir William Goode, der Leiter des Unterstützungsausschusses für Mitteleuropa, kehrte von einer Reise nach dem neutralen Auslande und nach Deutschland zurück. Er berichtete über verschiedene Unterredungen in den jeweiligen Hauptstädten, die alle den Zweck verfolgten, die Mitwirkung der einzelnen Länder für die Hilfeleistung in Mitteleuropa zu erzielen. Er erklärte, daß er die wichtigsten und ausschlaggebendsten Abmachungen getroffen habe. Besonders bei den skandinavischen Ländern sei er auf ein großes Entgegenkommen gestoßen. Sie wären davon überzeugt, daß ein gemeinsames Vorgehen notwendig sei, damit Europa wieder zu normalen Verhältnissen zurückkehren könne. Goode betonte, es sei außerordentlich wichtig, daß ein Vertreter der amerikanischen Regierung den Unterhandlungen beiwohne. Die Vorschläge, die den Neutralen gemacht wurden, rührten eigentlich von Amerika her. Es sei dies das erstemal, daß zwischen den Alliierten und den Neutralen eine gemeinschaftliche Aktion für diese Hilfszwecke gemacht werde. Der Wortlaut der Verhandlungen werde vorläufig nicht veröffentlicht, er müsse vorher mit den Parlamenten der verschiedenen neutralen Mächte zur Genehmigung vorgelegt werden.

Gewerkschaften und Partei gegen die französische Gewaltpolitik

Die Gewerkschaftsverbände und die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei haben gestern abend folgende Kundgebung beschlossen:

„Der Punkt 1 unsrer am 6. April aufgestellten Forderungen: „Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone" darf keineswegs so ausgelegt werden, als wollten wir damit die widerrechtliche Besetzung von Frankfurt und andern Orten Süddeutschlands rechtfertigen. Die Besetzung dieser Städte durch französische Truppen ist weder durch den Friedensvertrag noch durch das Vorrücken kleiner Teile der Reichswehr in der neutralen Zone zu begründen. Wir verurteilen diese von Frankreich verübte Rechtsverletzung genau so wie die Reichsregierung und werden diese in ihrer Abwehr auf das energischste unterstützen."

•

Die Abgeordneten der drei Mehrheitsparteien in Frankfurt a. M. überreichten dem General Degoutte einen Protest, in welchem die Bevölkerung der Stadt in Uebereinstimmung mit dem Magistrat gegen die unberechtigte Besetzung und die Gewaltmaßregeln der Franzosen schärfsten Einspruch erhebt. Es wird in dem Schreiben betont, daß die Säuberungsaktion der Reichswehr im Ruhrgebiet nicht auf irgendwelche Einflüsse der erst jüngst vernichtend geschlagenen Militärpartei, sondern auf die Notrufe der rechtsrheinischen Bevölkerung, insbesondere der werktätigen aller politischen Richtungen, vom Zentrum bis zur Unabhängigen Partei, zurückzuführen sei.

Deutsches Reich

Kommunistische Gewalttaten?

Halle, 8. April. Der Hallenschen Volksstimme zufolge ist in der vergangenen Nacht zum Mittwoch im Städtchen Delitzsch (Provinz Sachsen) der Landrat von Delitzsch durch bewaffnete Arbeiter verhaftet worden. Die Verhaftung sowie die Gründe hierfür sind heute morgen durch rote Plakate bekanntgegeben worden. Der Landrat soll danach angeblich an den blutigen Vorgängen am 16. März schuld sein. Die Verwaltung des Kreises übernahm der bisherige Stellvertreter des Landratsamts. Der Oberbefehl über die bewaffneten Arbeiter wurde einem gewissen Hans Schmolke übertragen. Die Unabhängigen sind an dem Putsch nicht beteiligt; auch die Kommunisten bestreiten ihre Mitwirkung an diesem Ueberfall. Einer späteren Meldung der Volksstimme zufolge ist der Landrat durch den unabhängigen Führer Becker bereits wieder aus der Haft entlassen worden. Gegen Schmolke sollen vom Reichskommissar Hörsing bereits Schritte unternommen worden sein.

Magdeburg, 8. April. An Stendal wird der sozialistischen Volksstimme in Magdeburg berichtet: In der Nacht zum Mittwoch gegen 4 Uhr erschienen vier Männer in einem Auto vor der Wohnung des Landtagsabgeordneten Brandenburg in Stendal. Unter dem Vorgeben, ihm einen wichtigen Brief aus Berlin übergeben zu müssen, fanden sie Einlaß, verhafteten darauf den Genossen Brandenburg und schafften ihn, nur halb bekleidet, im Auto fort. Es handelt sich anscheinend um einen Gewaltakt der Kommunisten, die auch in Tangermünde die Herrschaft an sich gerissen haben sollen. Auch der kommissarische Landrat Rosenbruch befindet sich in den Händen der Kommunisten.

Der Bund entschiedener Schulreformer hat in seiner internen Sitzung beschlossen, sich aus einem Verband akademisch gebildeter Lehrer und Lehrerinnen umzuwandeln in einen „Bund entschiedener Schulreformer der Lehrer und Lehrerinnen an deutschen höheren Schulen". Ihm können also auch alle seminarisch gebildeten Lehrer und Lehrerinnen, soweit sie an höheren Schulen unterrichten, beitreten. Er fordert sie dazu auf. Meldungen sind zu richten an Oberlehrer Arno Wagner, Berlin-Wilmersdorf, Spessartstraße 15. Die Aufgabe des Bundes ist die Abbauung und Einpassung der sogenannten höheren Schulen in der Richtung der Einheitsschule.

Letzte Nachrichten

Trauerfeier zu Neurings Gedächtnis

Bei der Trauerfeier für den vor einem Jahr verstorbenen Minister Neuring werden sprechen Ministerpräsident Dr. Gradnauer, Präsident Fröhdorf, Stadtverordnetenvorsteher Nitzsche sowie Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften.

Der neue Finanzminister Dr. Reinhold ist heut vom Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer in sein Amt eingeführt worden.

•

Der sozialdemokratische Abgeordnete Castan ist nach Dresden berufen worden, um hier unter dem Minister Heldt militärische Fragen zu bearbeiten.

•

Hölz hatte dieser Tage die Auslieferung zweier Strafgefangenen aus dem Zuchthaus in Waldheim verlangt. Die Regierung hat die beiden Gefangenen nunmehr von Waldheim nach Dresden bringen lassen.

Polizeibericht

Vermißt wird seit Ostersonntag der 13jährige Volksschüler Hans Artur Moser aus Dresden. Er ist zuletzt am genannten Tage, abends gegen 7 Uhr, auf der Leipziger Straße in Begleitung eines unbekannten, etwa 19 Jahre alten Radfahrers gesehen worden. Moser ist etwa 1,45 Meter groß, blond und war bekleidet mit blauweißgestreifter Bluse, braunen Kniehosen, schwarzen Strümpfen, Schnürschuhen, weißem „H K" gezeichnetem Hemd und blauer Schülermütze. Sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib werden an die Vermißtenzentrale des Polizeipräsidiums Dresden erbeten.

Schreibmaschinendiebstahl. In der Nacht zum 8. April sind aus zwei verschiedenen, an der Bürgerwiese gelegenen Geschäftsräumen vier Schreibmaschinen, System Underwood, Nr. 524007, 524106, 524124, 224053 im Werte von 40 000 M., und zwei Schreibmaschinen, System Ideal, Nr. 1455, und System Monarch, Visible, Nr. 31709, im Werte von 20 000 M., gestohlen worden. Die Kriminalpolizei warnt vor Ankauf und bittet um sachdienliche Mitteilungen.

Einbrüche. In den letzten Nächten sind aus einem Hintergebäude der Wiener Straße ein Bock-Magnet von einem Wanderermotorrad, ein Dagometer mit Kilometerzähler und eine größere braune Ledertasche mit Werkzeug mittels Einbruchs gestohlen worden. Die Kriminalpolizei bittet um aufklärende Mitteilungen.

Treibriemendiebstahl. In der Nacht zum 7. April sind von einem an der äußeren Blumenstraße gelegenen Holzlagerplatze vier Treibriemen, etwa 5 bis 7 Meter lang, 7, 8 und 9 Zentimeter breit, gestohlen worden. Die Kriminalpolizei warnt vor Ankauf und bittet um aufklärende Mitteilungen.

Aus aller Welt

Todessturz

Der Fliegerhauptmann Maradello und Leutnant Camo stürzten auf dem Flugplatz in Madrid (Spanien) tödlich ab.

Neue Bücher

Der Glücksspiz von Alice Berend. Verlag Albert Langen, München. Professor Martin Bückelmann, „der sich besonders um die Kauwerkzeuge der Bienen verdient gemacht", merkt, weltfremd und voll Glauben an das Gute im Menschen, nicht, wie alle Welt, voran seine angebetete Frau, ihn ausnutzt und hintergeht; ja das Böse, das Marianne ihm zufügt, erscheint ihm sogar noch als Aeußerung eines edeln, rücksichtslosen Charakters. So heißt er mit Recht ein Glücksspiz, zumal er vor der Enttäuschung durch den Tod um eines — leibhaftigen Affen willen bewahrt bleibt. — Alice Berend beweist auch in diesem neuen Roman ihren scharfen Blick für die Schwächen und Fehler der Menschen und zugleich die Gabe, sie mit liebenswürdiger Ironie ergötzlich darzustellen.

Die Devisenkurse

Berlin, 7. April. (Amtlich)

		7. 4. Geld	7. 4. Brief	6. 4. Geld	6. 4. Brief
Holland	100 Gulden	2387,50	2392,50	2497,50	2502,50
Schweiz	100 Frank	1128,75	1131,25	1198,75	1207,25
Wien (alte)	100 Kronen	22,97	23,03	25,97	26,03
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	28,97	29,03	81,96	82,04
Prag	100 Kronen	86,90	87,10	91,90	92,10
Spanien	100 Peseten	1078,75	1081,25	1168,50	1171,50
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	484,50	485,50	489,50	490,50
Italien	100 Lire	289,70	290,30	329,65	330,35
London	1 Pfd. Sterl.	256,70	257,30	269,70	270,30
Neuyork	1 Dollar	63,40	63,60	66,90	67,10
Paris	100 Frank	404,60	405,40	454,50	455,50

Zürich, 7. April. Devisenkurse. Berlin 8,80, Wien 2,55, Prag 7,50, Holland 209,50, Neuyork 558, London 22, Paris 36, Italien 25, Brüssel 89, Kopenhagen 104,50, Stockholm 122,50, Christiania 110, Madrid 90,25, Buenos Aires 245.

Die Ausgestaltung unsrer Sozialversicherung

Von Friedr. Kleeis, Halle a. S.

„Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten." So steht in Artikel 161 unsrer neuen Reichsverfassung geschrieben. Damit sind in knappen Worten die Richtlinien gezeichnet, nach denen unsre soziale Versicherungsgesetzgebung ausgestaltet werden soll. Wir sagen „ausgestaltet werden soll", denn zur Zeit entspricht sie ihnen noch nicht. Der Wortlaut dieses Programms der Nationalversammlung läßt eine gewisse Verwandtschaft mit dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie erkennen, das als Forderung an den Gegenwartsstaat den Satz aufstellt: „Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung."

Die Verfassung stellte als erste Aufgabe unsrer öffentlichen Versicherung die „Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit" hin. In der Richtung der Verhütung der Krankheit und Erwerbsbeschränkung ist auch unsre Versicherungsgesetzgebung noch ganz unzulänglich. Die Krankenversicherung befaßt sich ausschließlich mit der Heilung bestehender Krankheiten, der Unfallversicherung ist zwar die Unfallverhütung mit übertragen, doch hat sie hier bei weitem noch nicht die Würdigung und Ausgestaltung gefunden, die sie verdient, und in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung können zwar ebenfalls Mittel aufgewendet werden, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen, doch sind die für solche Zwecke aufgewendeten Gelder lächerlich gering. Unsre Gesetzgebung muß mehr zu der Einsicht kommen, daß es viel leichter ist, Krankheiten und ähnliche Schädigungen zu verhüten, als nach ihrem Eintritt zu beseitigen. Das werden die Versicherungsträger freilich ohne ein Zusammenwirken mit andern öffentlichen Körperschaften (z. B. mit den verschiedenen Wohlfahrtsämtern) nicht fertig bringen. Ueberhaupt wird hier ohne eine Vervollkommnung der Arbeiterschutzgesetzgebung und ihren Einrichtungen (wie der Gewerbeaufsicht) Zufriedenstellendes nicht zu erreichen sein.

Der „Schutz der Mutterschaft" war bis zur Einführung der Reichswochenhilfe kläglich. Doch ist auch diese selbst in der jetzt getroffenen Form des neuen Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge noch ungenügend, wenigstens in ihren Leistungen. Daß neben der Krankenversicherung auch noch das Reich selbst hier helfen will, zeigt Artikel 119 der Reichsverfassung, in dem es heißt: „Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates". Offenbar hatte die Nationalversammlung hier die allgemeine Einführung der Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe und ähnliches im Auge.

Wenn der Artikel 161 die weiteren Aufgaben der sozialen Versicherung mit „Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens" umschreibt, so wird damit ebenfalls eine Erweiterung ihrer seitherigen Grenzen geschaffen. Zwar fehlen hier Worte wie Krankheit, Invalidität usw., die unsre bisherigen Gesetze so vielfältig enthalten, doch hat für diese unsre Sprachreinigung und „Vereinfachung die zusammenfassende Bezeichnung „Schwäche" gesetzt. Wenn auch das Wort Betriebsunfall vermieden und durch „Wechselfälle des Lebens" ersetzt worden ist, so soll damit eine Ausdehnung unsrer gegenwärtigen Unfallversicherung in Aussicht gestellt werden. Sind doch Bestrebungen auf Einbeziehung der Gewerbekrankheiten und der „Unfälle des täglichen Lebens" (auch solche durch Naturereignisse) in die staatlich organisierte Unfallversicherung längst schon erhoben worden und auch von großer Bedeutung. Es ist z. B. unhaltbar, daß die Unfälle auf dem Wege zur und von der Arbeit von der Fürsorge ausgeschlossen sind. Daß unser Versicherungswesen ein „umfassendes" sein soll, will die Notwendigkeit der Erweiterung des Kreises der Versicherten andeuten. Noch stehen weite Schichten der minderbemittelten Bevölkerung außerhalb der Versicherung, wie die kleinen selbständigen Gewerbetreibenden, die Landwirte usw. Sind doch ein großer Teil der Handwerksgehilfen sogar noch von der Unfallversicherung ausgeschlossen. Und wenn die Reichsverfassung in Artikel 119 davon spricht, daß die „Gesundung und soziale Förderung der Familie Aufgabe des Staates und der Gemeinden ist" und „kinderreiche Familien Anspruch auf ausgleichende Fürsorge" haben, so läßt sich das wohl kaum besser erreichen als durch Ausgestaltung der sozialen Versicherung, beispielsweise der Einführung der obligatorischen Familienhilfe in der Krankenversicherung (freie ärztliche Behandlung, Arznei usw. für die Familienangehörigen der Versicherten).

Am bedeutungsvollsten ist die Forderung der Reichsverfassung, daß die Versicherung unter „maßgebender Mitwirkung der Versicherten" stehen soll. Maßgebend kann doch nur soviel sagen wie bestimmend, entscheidend, ausschlaggebend. Dieses Selbstverwaltungsrecht der Versicherten soll für das gesamte Versicherungswesen, also alle seine Zweige, gelten. Nachdem die Reichsverfassung, unser höchstes Gesetz, diesen Grundsatz aufgestellt hat, bleibt nichts übrig, als ihn durchzuführen, wenn nicht der Reichstag selbst zum Hoch- und Landesverräter werden will. Gegenwärtig genügt nur die Krankenversicherung der festgelegten Anforderungen. Die Unfallversicherung ist am weitesten davon entfernt, weil deren Verwaltung ausschließlich in den Händen der Unternehmer liegt. Zwar läßt die Reichsversicherungsordnung zu, daß auch Vertreter der Versicherten den Vorständen der Berufsgenossenschaft angehören, doch ist davon so gut wie noch kein Gebrauch gemacht worden. In einer Zeit, in der durch Betriebs- und Arbeiterräte selbst die Werkstatt und Fabrik demokratisiert werden soll, kann die Organisation der Unfallversicherung nicht so wie jetzt aufrecht erhalten bleiben. Der Einwand, daß die Unternehmer die Lasten (Beiträge) dieser Versicherung allein aus ihren Mitteln zahlen, ist nicht aufrecht zu erhalten, da sich immer mehr die Ansicht befestigt, daß jene Aufwendungen allgemeine Betriebsunkosten sind. Da zu befürchten ist, daß die Unternehmer hier durchgreifenden Neuerungen Widerstand entgegensetzen, wird diese Frage wohl zum Brennpunkt des Kampfes um die Umgestaltung unsrer Versicherungsgesetzgebung werden. Auch die Verwaltung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung stimmt mit jenen Anforderungen der Reichsverfassung noch nicht überein. Die Versicherten haben zwar hier ein Mitverwaltungsrecht, und zwar in dem gleichen Maße wie die Unternehmer, doch kommt dieses Recht nicht zur Auswirkung. Im Hauptorgan der Versicherungsanstalten, dem Vorstand, sind die Versichertenvertreter infolge der Vereinigung der „beamteten" (von der Regierung angestellten) Vorstandsmitglieder gänzlich einflußlos. Die Verwaltung sollte in allen Versicherungszweigen gleichmäßig und einheitlich sein, und zwar wie in der Krankenversicherung.

Eine Neugestaltung unsrer Reichsversicherungsordnung ist aber noch aus andern Gründen äußerst dringlich, ganz abgesehen, daß sie die Reichsverfassung erfordert. Seit ihrer Einführung, namentlich während der Kriegszeit, sind eine so große Menge Ergänzungsgesetze, Notverordnungen usw. ergangen, daß sich in dem ganzen Paragraphengewirr nicht mehr der Fachmann zurechtfindet, geschweige denn der einfache Arbeiter. Alle diese Neuerungen sind in das Gesetz hineinzuarbeiten. So ist heute die Vereinfachung der Arbeiterversicherung dringender als zur Zeit der Einführung der Reichsversicherungsordnung. Eine weitere Notwendigkeit ergibt sich aus der riesigen Geldentwertung, auf die nun auch die Leistungen der sozialen Versicherung eingestellt werden müssen. Die Erwerbstätigen haben sich durch die Lohnkämpfe eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gebracht, die Arbeitsunfähigen aber blieben ohne Hilfe. In der Krankenversicherung ist zwar durch die Erhöhung der Grundlöhne ein, wenn auch noch nicht genügender, Ausgleich geschaffen worden, in der Unfallversicherung wird aber nach wie vor der 1800 Mark übersteigende Arbeiterverdienst nur mit einem Drittel angerechnet, außerdem bleiben die früher festgesetzten Renten die gleichen, und in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung mit ihrem starren System hat sich überhaupt nichts geändert. Zwar werden für gewisse Renten Zuschläge gezahlt, doch bilden sie keine genügende Verbesserung. Zwar werden mit der Reform der sozialen Versicherung noch einige andre Fragen zu lösen sein, wie die Regelung der Arztfrage, die Kommunalisierung der Apotheken usw., aber der Schritt muß so bald wie möglich unternommen werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200408/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Volksversammlung
Montag den 12. April, abends Punkt 7½ Uhr
spricht im
Kristallpalast
Schäferstraße
(Friedrichstadt)
Genosse Erwin Barth, Berlin
Deutschlands Wiederaufbau.
Freie Aussprache.
Frauen und Männer! Das Erscheinen aller ist Pflicht. Der Vorstand des 5. Unterbezirks Dresden-Altstadt.

4. Kreis, Bez. Weißig.
Sonntag den 11. April, nachm. 3 Uhr bei Körner
Hauptversammlung.
Wichtige Tagesordnung. [b416
Es ist Pflicht der Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Bezirksleitung.

Bez. Mickten
und Umgegend. [b416
Freitag, abends 8 Uhr Sitzung im Ratskeller.

Bezirk Radebeul
Sonnabend den 10. April, abends 8 Uhr
Mitgliederversammlung in der Goldnen Krone
[b416 Die Bezirksleitung.

Bezirk [b416
Pieschen.
Freitag abend
Wichtige Sitzung.

4. Kreis, Bez. Kötzschenbroda.
Sonnabend den 10. April, abends 8 Uhr
Bezirks-General-Versammlung
im Goldenen Anker.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahlen. 3. Verschiedenes.
Die Parteigenossen werden ersucht, in dieser wichtigen Versammlung vollzählig zu erscheinen.
[b416] Die Bezirksleitung.

Flora-Theater
Augsburger Str. 7
7½: So ein Mädel.

Hermann Trompters
Bayr. Bierstuben
empf. echte, feinste Biere, 2 schöne Vereinszimmer.
Gilenberger Str. 15.

W. Spindler
Färberei und chem. Waschanstalt
Annahmestelle:
Dresden-N.
Gieraberger Str. 11, part.
Telephon 23 867.
Abholung u. Zustellung der Gegenstände gern und kostenfrei. [m3

Gewerkschaftskartell Heidenau, Pirna u. Umg.
Aufruf! [m57
Arbeiter und Arbeiterinnen rüstet zur
Maifeier!
Zeigt in Geschlossenheit und Einheit der Reaktion, daß Ihr eine Macht seid! Der Gesamtvorstand.

Achtung! Achtung!
Steinarbeiter!
Die Delegiertenwahl zum Verbandstag findet **Sonnabend den 10. April** statt. Dieselbe ist mit den Arbeitszeugen vorzunehmen. Jeder Stimmzettel hat zwei Namen zu enthalten. Die Wahl ist geheim.
Vorgeschlagen sind folgende Kollegen:
Max Jäpel, Steinbrecher, Neundorf
Heinrich Poschke, Steinbrecher, Neundorf
Emil Lehner, Steinbrecher, Pirna
Gustav Boyer, Steinmetz, Dresden
Richard Seidel, Steinmetz, Dresden
Die Resultate sind versiegelt abzugeben bis Sonntag den 11. April, abends 6 Uhr, für Dresden im Dresdner Volkshaus und für das übrige Gebiet im Bureau, Pirnaer Volkshaus. Später eingehende Resultate werden nicht berücksichtigt.
[b460] Die Ortsverwaltung. J. A.: R. Seidel.

Küchen
Schlafzimmer
Sofas, Schränke
Vertikos, Schreibt.
sehr preiswert
Max Jaffé Söhne
Marschallstr. 31.

Küche u. Schlafzimm. [illegible] Triebel.

Wringmaschinen
mit prima Gummiwalzen empf. **Krause**, Freiberger Straße 123.

Berichtigung!
Unser Tanzabend in der Reichskrone findet
Sonnabend den 10. April, 6½ Uhr
statt, nicht den 17. April.
[b961] Verein städtischer Schuldiener.

Licht-spiele U.T. Licht-spiele
Waisenhausstrasse 22
Die Jagd nach dem Glück
Ein symbolisches Filmschauspiel in 6 Akten von **Fritz Freisler.**
In der Hauptrolle:
Diane Thompsen
[a340
Wochentags: 5½ und 7¾ Uhr.
Sonntags: 3½, 5¼ u. 7¾ Uhr.

Leder-Klubmöbel
Sessel Stühle
Neuzeitliche Muster in großer Auswahl
M. & R. Zocher
Ringstraße 15
(am Bismarckdenkmal)

Kammer-Lichtspiele
Wilsdruffer Straße 20 — Fernsprecher 17060
Die große Sensation!
Ab Donnerstag
Erika Gläßner
spielt die Rolle der tollkühnen und waghalsigen Abenteurerin in dem **erfolgreichen Film:**
Die drei Tänze
der Mary Willord
Abenteurerdrama **6 Akte** Sensationsfilm
unter Mitwirkung des Balletts Charell.
Prachtvolles Spiel, spannende und aufregende Handlung sowie wundervolle Tanzszenen machen den Film zu einer
Sehenswürdigkeit.
Wochentags 5½ bis 10 Uhr. Sonntags 3 bis 10 Uhr.
[k308

Rennen zu Dresden
Sonntag, 11. April, nachm. 2½ Uhr.
6 Rennen = 73 000 M. Preise.
Totalisator-Aufträge für die Rennen zu Dresden werden am Renntage bis zwei Stunden, für auswärtige Rennplätze bis drei Stunden vor Beginn der Rennen in der Wettannahmestelle, Dresden, Prager Str. 6, I., angenommen.
Alles Nähere siehe Rennprogramm!
Sekretariat des Dresdner Rennvereins. [k419

Sehr preiswert
1 Schlafzimm., Büfett, 1 Schaffelongue m. Decke, gebr. Küchen, Waschtische, Tische, Kommoden, Zwiegstu. Flurgarderobe, Stühle, Kām. Umbau m. Sofa, neue und gebr. Betten mit Matr. [l258
Langer, Frauenstr. 12, I.

Rasierseife [illegible] Großenhainer Str. [illegible]

Central-Theater-Diele
(Passage Prager Straße – Waisenhausstraße)
Engelbert Mildes Künstler-Spiele.
Allabendlich 8 Uhr:
Abdul Hamid und **Zenoba.**
Erna Bellinger. Gastspiel **Max Ehrlich.**
Irene Perelly. **Paul O. Montis.**
Opiumrausch Ein Spiel mit Irene Perelly und Paul O. Montis. [s258
Tischbestellungen unter Nr. 14777 od. 15127 erb.

Tanz Anfang April beginnen neue [b458
Kurse für Anfänger u. Fortgeschrittene
Dir. Trautmann und Frau.
Anmeld. täglich Grunaer Str. 29, I. Tel. 19880.
Schnelltanzkurse, Privatstund., Kontretänze

Ziehen Sie um?
Reinmessing-Portierenstangen, Gardinenstangen, Augeneinrichtungen, Stehleitern, Besen, Schrubber, Bürsten, Briefkästen, Namensschilder, Schloßsicherungen, Türketten, Waschtische, Blumenkrippen, Gardinenspanner, Kleiderbügel, Fußmatten, Gasherde, Plätten, Putzkommoden, Emaille-, Aluminium-, Stahlwaren, Haken, Schrauben und 1000 andre Sachen kaufen Sie gut bei
Artur Donath [l345
Dippoldiswaldaer Platz 2, Ecke Am See.

SARRASANI
Motorradrennen im Todesring
und das große sensationelle Schauspiel und Ausstattungsstück
Krone und Fessel
Anfang: 7 Uhr abends.
Vorverkauf Reka und Circuskasse. [a688
Sarrasani-Trocadero: Der neue April-Spielplan.

Königshof-Theater, Fernsprecher 1846.
Täglich 7½ Uhr:
Der sanfte Heinrich.
Volksstück in 3 Akten [b341
von **Georg Müller-Heim** und **Max Neal.**

Ball-Anzeiger
für Freitag den 9. April.
Bürgergarten Lübecker Str. 16 — Straßenbahnlinien 7, 13, 22 — Moderne Ballmusik.
Eldorado Straßenbahnen 1, 5, 12, 18, 10, 21, 22 — **Tanz-Eck** — Freitans Anfang 6 Uhr.
Die Linden Cotta, Birkenhainer Str. 5 — Straßenbahnlinie 13 — Freitags 6 Uhr.
Reichshallen Palmstraße 18 nahe Postplatz — Tanzmarken — Täglich intimes Kabarett.
Spiegelsäle Briesnitz Straßenbahn 19, 21 — Neue Bewirtung Schneidige Musik Anf. 6 Uhr! 11 Uhr
Watzkes Ball-Etablissement Leipziger Strasse.

Fußbodenfarbe
braun, friedensware, streichfertig im Kilo-Büchsen, 1 Kilo 16 M. frei Haus. [w171
Max Krüger, Chem. techn. Prod., Dresden-N. 6.

Spülapparate
Mutterspritzen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Frauentropfen „Carol“, Ersatzteile, sanitäre Frauenartikel.
Frau Heusinger, Am See 37.

Emaille, Aluminium
beste Qualität, äußerst preiswert [l148
Porzellan-Küchengarnituren
14- und 22teilig, in großer Auswahl.
Glaswaren, Holzwaren usw.
Zentral-Kaufhaus
Plauenscher Grund — Alois Eckstein
Potschappel, direkt am Bahnhof oder Straßenbahn! **22.**

Wir empfehlen:
Die
Mieter-Schutzverordnung
und das sonstige
:: **Wohnungsnotrecht** ::
Für die Praxis erläutert von
H. Rohde u. **G. Brumby.**
Preis 7 M.
Volksbuchhandlung.

Werkmeister
Drehermeister, [illegible]
Saxoniawerk [illegible]

Geübte Kartonnagen-Kleberinnen
[illegible]
Wilhelm Jentzsch, [illegible]

Tüchtiger
Horizontalbohrer
zu sofortigem Antritt gesucht.
Saxoniawerk
[illegible]

Gemeinder Knabe wird als
Liniierer-Lehrling
für [illegible]
M. & R. Zocher
[illegible]

Hausmädchen [illegible]
Dienstmädchen [illegible]

Bett- u. Tischwäsche [illegible]

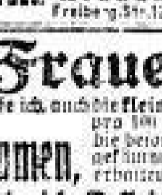
Billige Möbel [illegible]

Sofa, [illegible]

Nähmaschine [illegible]

Engl. u. Franz.
Kurse für Kinder
monatlich 3 M.
Beginn: 14. April, Filler.
Anmeldg. [illegible]
Blochmannstr. 18, P.

Kasten- u. Leiterw.
1–8 Ztr. Tragkraft, gute Schmiede- u. Stellmacherarbeit
Ganz solide
Sachen
Klappsportwagen
Kinderwagen
billig zu verk.



R. Dittrich Dresden-N., [illegible]
Größtes [illegible]
Spezialhaus [illegible]

Sie erreichen
auch durch ein Inserat in der
Dresdner Volkszeitung
erscheinendes Inserat
Ihren Zweck

Gummiwaren
Wilhelm Hensinger
Am See 37

Altblei
zu höchsten Preisen
kauft Grunert, Oberseerg. 4.

Fahrräder [illegible] **Krause**, Freiberg. Str. 123

Frauenhaare
kaufe ich, auch die kleinsten Posten 4 bis 6
pro 100 Gramm M.
Damen, die besonders lange ausgekämmtes Haar haben, erhalten für 100 g Mark 8.00
Heinrich Gellrich, Friseur, Landhausstr. [illegible]

Elfenbein, ganze Zähne und [illegible] Stücke, kauft zu hohen Preisen
Schirmfabrik C. A. Petschke
[562] nur Wilsdruffer Straße 17.

Altblei
Messing, Kupfer, Zinn usw. zahle höchste Preise
E. Kahlert, Seidnitzer Str. 19. Tel. [illegible]

Meinholds Routenführer
neuzeitliche Wanderbücher
Nr. 1. Die Sächsisch-Böhmische Schweiz, 42 Kartenseiten in Buchform, 46 Textseiten 6.–
Nr. 2. Das nördliche Deutschböhmen, 65 Kartenseit. in Buchform, 108 Textseiten 7.50
Nr. 3. Dresdens Umgebung, 75 Kartenseiten in Buchform, 65 Textseiten 7.50
Nr. 4. Das östliche Erzgebirge, 65 Kartenseit. in Buchform, 1 Uebersichtskarte und 76 Textseiten 7.50
Nr. 5. Das westliche Erzgebirge (enthält nur noch Karten, keinen Text) 11 Spezialkarten und 1 schwarze Karte 6.–
Nr. 6. Das Jeschken-, Isergebirge mit dem Zittauer und Kreibitzer Gebirge, 71 Karten in Buchform, 123 Textseiten 7.50

Meinholds Führer
Wegweiser durch Dresden u. Umgebung mit Stadtplan 2.–
Führer durch Dresden, zu seinen Kunstschätzen, Umgebungen und in die Sächs.-Böhmische Schweiz mit Stadtplan u. Karte d. Sächs. Schweiz 4.–
Schandau und Umgebung mit einer Karte 2.–
empfiehlt die
Volksbuchhandlung und ihre **Filialen.**

Aufpolstern v. Matratzen, Sofas usw. mit besten Materialien auf Wunsch i. Hause [illegible]
W. Ihle, Tapezierer, Pollerstraße 11, 3. [illegible]

Kiefernbrennholz
in Rollen, Scheiten, gesägt und gespalten, liefert billigst nach frei Haus
K. Schneider, Louisenstrasse 10.

Volksbuchhandlung der Dresdner Volkszeitung
Wettinerplatz 10 — Filialen: — **Wettinerplatz 10**
Dresden-Johannstadt: **Gerokstraße 57** | Dresden-Neustadt: **Albertplatz 10, Ecke Königsbrücker Str.** | Dresden-Striesen: **Schandauer Straße 9b**
Für alle Interessenten, Parteigenossen und Bibliotheken
reiche Auswahl in aktueller politischer und sozialistischer Literatur
Werken der Nationalökonomie und Naturwissenschaft, guter Roman- und Unterhaltungs-Literatur usw.
Annahmestellen für Inserate und Abonnements der Dresdner Volkszeitung.

An die Parteigenossen Sachsens!

Der unterzeichnete Landesausschuß beruft nach §7 des Landesstatuts für Sonntag den 25. und Montag den 26. April die

ordentliche Landeskonferenz

nach dem Hamburger Hof in Meißen, früh 10,30 Uhr, ein.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage in Sachsen. Ref.: Karl Sindermann.
2. Die bevorstehenden Wahlen. Ref.: Otto Kühn.
3. Anträge der Parteigenossen.
4. Verschiedenes.

Um die Zeit der Landeskonferenz möglichst für die ersten beiden wichtigsten Punkte freizuhalten, wird von einer besonderen Berichterstattung des Landesausschusses und der Volkskammerfraktion abgesehen. Die letztere ist vielmehr mit in dem Punkte Politische Lage in Sachsen enthalten.

Anträge für die Landeskonferenz müssen bis spätestens Sonnabend den 17. April 1920 an den Unterzeichneten eingereicht werden. Die Delegiertenwahlen haben nach § 10 des Landesstatuts dergestalt zu erfolgen, daß auf Bezirksorganisationen bis zu 10 000 Mitgliedern 5 Delegierte, bis zu 13 000 Mitglieder 6 Delegierte, bis zu 17 000 Mitglieder 7 Delegierte bis zu 22 000 Mitglieder 8 Delegierte, bis zu 28 000 Mitglieder 9 Delegierte, bis zu 35 000 Mitglieder 10 Delegierte, bis zu 45 000 Mitglieder 11 Delegierte zu wählen sind. Für je weitere 15 000 Mitglieder entfällt 1 Delegierter mehr. Als Grundlage gilt der Mitgliederstand vom abgelaufenen Geschäftsjahr. Mandatsformulare werden durch die Landesorganisationen nicht verschickt; dieselben sind vielmehr durch die Bezirksvorstände den Delegierten zuzustellen. Die Fraktionen der Nationalversammlung sowie der Volkskammer können sich durch je bis zu einem Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder auf der Landeskonferenz vertreten lassen. Wegen Besorgung von Nachtquartier werden die Genossen ersucht, sich an den Parteisekretär Emil Mende, Meißen, Martinstr. 6, zu wenden.

Mit Parteigruß

Der Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei Sachsens
J. A.: Otto Kühn,
Dresden-A., Wettinerplatz 10, 1., Tel.: 18 367.

Die erweiterte Sitzung des Landesausschusses hat erneut zur gegenwärtigen politischen Situation in Sachsen Stellung genommen und hierbei festgestellt, daß die von der letzten Konferenz der Bezirksvorstände sowie von der Volkskammerfraktion beschlossenen elf politischen Forderungen an die Landesregierung für die Partei als Mindestforderungen zu betrachten sind, deren Inangriffnahme und umgehende Durchführung von den Genossen im Lande auf das Entschiedenste gefordert wird. Ein Abgehen von diesem Programm kann es für die Genossen nicht geben. Insbesondere soll die Regierung um Bekanntgabe ihrer Maßnahmen ersucht werden, die sie zur sofortigen Auflösung der Zeitfreiwilligenformationen bei der Reichsregierung getroffen hat. Die Frage der Regierungsumbildung soll von der Landeskonferenz behandelt werden. Es wurde weiter beschlossen, bei der Landesregierung auf eine Zusammenlegung der Volkskammerwahlen mit den Reichstagswahlen hinzuwirken.

Die Genossen in den sächsischen Unterbezirken werden ersucht, umgehend die Aufstellung von Kandidaten für beide Parlamente vorzunehmen, und den Bezirksvorständen bis zur Landeskonferenz einzureichen. Mit der Landesparteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sollen noch vor der Landeskonferenz Verhandlungen aufgenommen werden.

Agitationsbezirk Dresden

Wir ersuchen die Parteigenossen, umgehend zu der am 25. und 26. April in Meißen, Hamburger Hof, früh 10,30 Uhr, stattfindenden Landeskonferenz Stellung zu nehmen und hierzu die Delegierten zu wählen. Der Bezirksvorstand Dresden kann auf Grund seines Mitgliederstandes 11 Delegierte entsenden; diese verteilen sich so, daß auf jeden Unterbezirk 1 Delegierter, auf den 4. und 6. Unterbezirk 2 Delegierte entfallen. Namen und Adressen der Delegierten sind nach erfolgter Wahl dem Bezirkssekretariat mitzuteilen. Von dieser Stelle erfolgt die Uebermittlung der Mandate.

Weiter werden die Unterbezirke ersucht, umgehend die Aufstellung von Kandidaten für die Reichstags- und Volkskammerwahlen vorzunehmen und ihre Vorschläge dem Bezirksvorstand mitzuteilen. Ueber die weiteren Vorbereitungen zur Nominierung der Kandidaten erfolgt noch Mitteilung.

Der Bezirksvorstand Dresden.

Die Wirren im Vogtlande

Die kommunistischen Ortsgruppen im Vogtlande haben durch Plakate, die unter anderem auch in Plauen angeschlagen waren, einen Aufruf folgenden Inhalts erlassen:

Die revolutionären Arbeiter des gesamten Vogtlandes und der angrenzenden Gebietsteile erblicken in der Tatsache, daß die konstitutionelle Regierung des Freistaates Sachsen den Kopfpreis auf die Auslieferung des Genossen Hölz auf 20 000 M. erhöht hat, in einer Zeit, in der die Arbeiter Deutschlands aufgerufen wurden, der Schlange der Reaktion den Kopf zu zertreten, eine ungeheure Provokation, eine Kriegsansage an das revolutionäre Proletariat, besonders des Vogtlandes, und sie sind gezwungen, daraus alle Konsequenzen zu ziehen. Der Genosse Hölz ist einer der markantesten Führer des revolutionären Proletariats und Tausende von revolutionären Arbeitern sind fest überzeugt von der Reinheit seiner Ziele und seiner Ideale. Der Genosse Hölz unterscheidet sich von andern Arbeiterführern nur durch die ausgeprägte Klarheit des Willens und durch eine unbeugsame Energie.

Im Vogtlande ist weder die Räterepublik ausgerufen, noch ist irgendwie die Staatsform (politisch oder wirtschaftlich) angetastet worden. Wo irgendwelche Eingriffe geschieden sind, sind diese Erzeugnisse des Kampfes, der mit der Ausrufung des Generalstreiks seitens der gefährdeten konstitutionellen Reichsregierung eingeleitet wurde, oder waren sie notwendig aus Gründen einer schreienden Not und der furchtbaren sozialen Ungerechtigkeit, die das gesellschaftliche Leben heute aufweist.

Im übrigen aber ist im Vogtlande nur geschehen, was allenthalben im Reiche angesichts der drohenden reaktionären Gefahr notwendig war, daß die Bourgeoisie und das Bauerntum, die in einer Weise bewaffnet waren, daß der Arbeiterschaft erst heute die Größe der Gefahr recht zum Bewußtsein kommt, entwaffnet wurde. Die Waffen sind in den Händen der Arbeiter, und diese Waffen wird die revolutionäre Arbeiterschaft des Vogtlandes freiwillig nicht wieder aus den Händen geben.

Wir wissen, und der Aufruf der sächsischen Regierung läßt es deutlich erkennen, daß der Wille vorhanden ist, der Arbeiterschaft die Waffen zu entwinden. Das bedeutet, daß man den alten gefährlichen Zustand wieder herstellen will, bedeutet, daß man die Arbeiterschaft rettungslos dem Wüten der Reaktion, Mord, Tod, dem weißen Terror preisgeben will. Wir können niemand hindern, Truppen ins Vogtland zu senden, aber wir sind uns vollkommen klar darüber daß es dann für uns nur eins geben kann, den Kampf mit allen Mitteln, Kampf auf Leben und Tod, Kampf bis zum Siege oder zur Niederlage.

Kampf unter allen Umständen auch mit den verzweifeltsten Mitteln, das ist für diesen Fall die Parole der revolutionären Arbeiterschaft des Vogtlandes.

Noch ist kein Tropfen Bürgerblut geflossen. Aber wir, die wir mit dem Leben abgeschlossen haben, werden nicht aus der Welt gehen, ohne den Teil der Bourgeoisie ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes mitzunehmen, den wir erreichen können. Ein Teil der handlichsten Schuß- und Sprengwaffen ist in den Händen entschlossener Genossen außerhalb unsres Gebietes. Die Genossen haben geschworen, den Tod der revolutionären vogtländischen Arbeiter zu rächen durch Attentate auf die Spitzen der deutschen Bourgeoisie wie auf die bekannten Führer in der deutschen Arbeiterbewegung, deren Verrat offen erkannt wird. Wir revolutionären Arbeiter des Vogtlandes haben bewiesen, daß wir handeln können — wir werden handeln.

Man hat uns gelehrt, daß die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln (Erfurter Programm) die Voraussetzung für den Aufbau der sozialistischen Ordnung ist. Man hat uns gelehrt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ein Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, und man will uns nun wieder die Waffen entreißen, um sie denen zu geben, die die Befreiung der Arbeiterklasse, unser alleiniges Ziel, nicht wollen. Wir leiden seit Monaten, seit Jahren ungeheuer, und wir sind nicht mehr imstande, alle die diesen Zumutungen zu ertragen, ohne seelisch zusammenzubrechen. Wir warten sehnenden, glühenden Herzens auf den weiterlösenden Sozialismus. Wir kämpfen für ihn, und wenn man uns den Glauben an den Sozialismus aus dem Herzen reißen will indem man Reichswehrtruppen schickt, dann werden wir ausgehungerten, ausgemergelten vogtländischen Arbeiter den einzigen Weg gehen, der uns zu gehen übrig bleibt, den Weg in den Tod.

Für die revolutionäre Arbeiterschaft des Vogtlandes und der angrenzenden Gebietsteile:

die Ortsgruppen der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) Falkenstein, Grumbach, Elsfeld, Auerbach, Hinterhain, Lengenfeld, Klingenthal, Oelsnitz i. V., Adorf, Zeulenroda Gera, Greiz Reichenbach, Ruppertsgrün, Krimmitschau, Werdau, Schönfels, Zwickau, Niederplanitz, Oberplanitz, Oberhohndorf, Crossen, Thalheim, Heinrichsort, Lößnitz, Aue, Schlema, Oelsnitz i. E., Ortmannsdorf.

Dieser Aufruf legt besonders in seinem letzten Teile Zeugnis ab von der Verwirrung in den Köpfen dieser Leute. Sie berufen sich auf das Erfurter Programm, zeigen aber durch die Art, wie sie es tun, nur, daß sie es in den entscheidenden Punkten gründlich mißverstanden haben. So ist, um nur einen Punkt herauszugreifen, von der Sozialdemokratie nie gelehrt worden, daß die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln die Voraussetzung für den Aufbau der sozialistischen Ordnung ist. So klarlich das Gegenteil ist richtig. Der organische Ausbau zur sozialistischen Ordnung wird unter anderem auch zur Aufhebung des Privateigentums führen. Die Leute scheinen sehnenden Herzens auf den weiterlösenden Sozialismus zu warten, sie zerstören aber durch ihr törichtes Verhalten geradezu die Voraussetzungen zu einer Entwicklung, die allein zum Sozialismus führen kann. Nicht dadurch, daß man den Kapitalismus und die heutige Produktionsweise schädigt oder vernichtet, gelangen wir zum Sozialismus, sondern dadurch, daß wir die wirtschaftliche Struktur sorgsam weiter entwickeln, die in der Aera des Kapitalismus erwachsen ist. Ohne eine hochentwickelte Industrie ist keine Sozialisierung des Wirtschaftslebens möglich. Durch Zertrümmerung der heutigen Industriestätten kann die wirtschaftliche Entwicklung nur zurückgeworfen, aber nie für den befreienden Sozialismus reif gemacht werden.

Der Aufruf aber zeugt auch davon, daß die geistige Verwirrung in gewissen Kreisen der vogtländischen Arbeiterschaft eine Folge der Not ist, die dort im besonderen Maße Platz gegriffen hat. Die vogtländische Industrie hat unter dem Kriege am meisten gelitten, die Arbeitslosigkeit war eine besonders große und die ohnehin schon armen Gemeinden nicht in der Lage, die Kriegsnot und das Arbeitslosenelend genügend mildern zu können. Im Banne solcher Nöte haben viele Arbeiter das geistige Gleichgewicht verloren.

Der verbrecherische Kapp-Putsch aber hat die durch die langandauernde Not verbitterten Arbeiter des Vogtlandes mit einem großen Mißtrauen erfüllt, das sich nicht nur gegen die alldeutschen und militärischen Hochverräter, sondern auch gegen die bestehenden Regierungen richtet. Sie sehen nur die Unzulänglichkeit der sozialen Hilfe, in ihrer Verbitterung übersehen oder unterschätzen sie die revolutionäre Neugestaltung; sie sehen, daß heute noch Reichtümer ausgehäuft werden, während Tausende hungern, haben aber, durch kommunistische Schlagworte irre geleitet, nicht erkannt, daß durch die neue Reichssteuer diese Profite den Staats- und Gemeindekassen zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke wieder zugeführt werden. Für die ungeheueren Schwierigkeiten, unter denen heute die verfassungsmäßigen Regierungen die Neugestaltung weiter auszubauen haben, lassen offenbar die kommunistischen Apostel kein Verständnis aufkommen.

Auf solche Weise ist aus dumpfer Not, Verwirrung und grenzenlosem Mißtrauen, die Atmosphäre entstanden, die viele vogtländische Arbeiter von dem Wahne erfüllt hat, sich selbst befreien zu müssen. Daß sie dabei über das neue von der Revolution geschaffene Recht und Gesetz hinwegschreiten, scheint ihnen, wie der Aufruf vermuten läßt, gar nicht zum Bewußtsein zu kommen, wenigstens haben es die kommunistischen Führer nicht kommen lassen, die diesen Aufruf abgefaßt haben.

Was hier zu tun ist — das zu entscheiden, müssen wir in der Hauptsache der Regierung überlassen. Vor allem scheint nötig, daß sie bemüht ist, das herrschende Mißtrauen durch umfassende Aufklärung zu beseitigen. Zwar wird man die kommunistischen Macher nie überzeugen können, aber das dürfte wohl noch bei einem großen Teile der Arbeiter möglich sein, die ihnen Gefolgschaft leisten. Dabei wird man weder Schwächlichkeit zeigen, noch in voreilige Schroffheit der Maßnahmen verfallen dürfen. Soweit es gilt, direkte Verbrechen zu verhindern und zu bekämpfen, erscheint scharfes und rasches Eingreifen geboten, vor allem gilt das von dem Treiben eines Hölz.

Wir wissen freilich auch daß den guten Absichten der Regierung große Schwierigkeiten bereitet werden, auch von Kreisen, auf deren Meinung Gewicht gelegt werden muß. Man glaubt immer noch, allein durch gütliche Vereinbarung zum Ziele zu kommen. Das mag aussichtsvoll sein und entspricht durchaus unsrer Ansicht, soweit die sogenannten Aktionsausschüsse in Betracht kommen, auch mit kommunistischen Parteigängern erscheinen uns Verhandlungen nicht aussichtslos, aber zur Abwehr von gesetzwidrigen Eingriffen, wie sie Hölz und sein Anhang belieben, da können Verhandlungen zu keinem Ziele führen; sie dürfen nie und nimmer zum Gegenstand von Verhandlungen werden.

1.

Der Wildschütz

Roman von Hermann Horn

I

Xaver Bauer, der zur Zeit ganz und gar ein Wildschütz war und nur nebenbei ein wenig Holz beschnitzte, wachte am frühen Morgen auf.

Es tobte und regnete gegen seine armselige Hütte und das Wasser tropfte unentwegt auf den nackten Boden aus Moos und Erde. Denn dies war keine herkömmliche Wohnung, es war eine verwahrloste, alte Holzfällerhütte. In ihr hatte er mit seinem Mädchen einen harten, kalten Winter verbracht. Sie erwarteten ein Kind und hatten in Armut und Unerfahrenheit keinen andern Ausweg gefunden, dem Mädchen die Schande zu ersparen, als in die einsame Wildnis zu fliehen. Das Kind wollten sie später Müllersleuten, deren Ehe unfruchtbar war, vor die Türe setzen.

Er hatte höchste Zeit. Es war nichts mehr zu essen da, er mußte Wildbret schießen und Einkäufe machen.

Xaver sprang seufzend auf, fuhr in seine Schuhe hinein und stand bald mit Gewehr und Rucksack, die graue Kotze über, vor Marie Steinhuber, die auf einem Lager von Hirschfellen, aber mit einem dicken Federbett zugedeckt, schlief. Ihr Mund blühte still und rot, die Nase stand fest und sicher zwischen den kräftigen, runden Wangen, die nur ein paar gelbe Zicksacklinien als ein Zeichen des gesegneten Leibes trugen. Er erwartete jeden Augenblick, daß sie die erschrockenen Augen aufschlagen werde, deren blankes Braun von blauweißem Schimmer umgeben ihm zuerst an ihr aufgefallen war. Aber die dunkeln, langen Wimpern lagen fest auf, und er sah nur, daß sie im Traum geweint haben mußte, denn ihre Wangen waren noch naß.

Da seufzte er wieder, löschte die Kerze aus, besprengte sich mit Weihwasser, das neben der Türe in einem kleinen, porzellanenen Becken angebracht war, und ging in die kalte, regnerische Nacht hinaus.

Stundenlang wanderte er in Dunkelheit und Nässe, bis der trübe Tag aufkam und unter den in Grau verschwundenen Höhenzügen über dunkeln, nassen Tannen die schwerfällig treibenden Nebelfetzen zu erkennen waren.

Einsam, wie ein ziehender Bergrabe in der grauen Luft, war er über Steine und Gerölle gewandert. Nun kam er an einen Waldweg, der zwischen gelblichem Grase des Februars sich wieder ein Stück nach oben wandte. An einer Stelle voll weichen, offenen Lehmbodens horchte er, und als sein scharfes Ohr in der Ferne einen Klang vernahm, wie wenn die Eisenspitze eines Bergstockes an einen Büchsenlauf schlägt, schmunzelte er, ging, seine Nagelschuhe tief eindrückend, über den Lehmboden nach der andern Seite des Weges, schlug dort auf tannennadeligem Boden einen Haken und lief, jede Spur vermeidend, über Steine und Gerölle wieder zurück.

Kaum hatte er sich auf der Höhe hinter einer Tanne verborgen, erschienen zwei Jäger auf der Bildfläche und blieben sogleich vor der Spur stehen und berieten. Es berührte ihn fremdartig, wie sie niederknieten, Papier hervorzogen und zeichneten und schrieben und miteinander berieten.

Aber schließlich zogen sie doch in einer andern Richtung ab und er wußte, wo das Revier vor ihnen sicher war.

Auf einer Almwiese traf er Hochwild an.

An ein Schmaltier kam er bis auf 40 Schritt heran, dann verhoffte das Rudel. Da lag er jedoch schon auf einem Knie im Anschlag. Auf den Schuß raste das Wild davon, nur das beschossene Stück blieb zurück und er konnte es einholen, so langsam zog es dahin. Zuletzt blieb es zitternd, mit gesenktem Haupte vor einem Bäumchen stehen.

„He," schrie er wild und schlug mit der Faust gegen die weichen Haare des Felles, „fall um, fall um!"

Da brach das Tier mit blutigem Schaum am Geäse zusammen, über seine weitgeöffneten Augen zog ein grüner Schimmer, es zuckte noch einmal und war verendet.

Sofort warf er den Rock ab, öffnete das Tier und zerrte die Eingeweide aus dem Leibe. Mitten in der Arbeit fuhr er zusammen und lauschte einem Geräusche. Das war jedoch nur ein Specht, der mit gellendem Gelächter an ihm vorbeischoß.

Nun sah er seine Arme an, die bis an die Ellbogen mit rauchendem Blute bedeckt waren, und Trauer und bange Gefühle bemächtigten sich seiner.

Ach, er war verlassen von aller Welt und sein Mädchen war seltsam und fremd zu ihm von jener Zeit an, da sie ihm von ihrer Niederkunft hatte sprechen müssen, und er ihr ein Geständnis gemacht hatte, das seine Liebe zu ihr nur gesteigert hatte. Marie hatte ihn schon als kleinen Kerl gekannt, da er noch als das Kind im Hause seines Pflegers gehalten worden war. Nach dem Tode ihrer Mutter war sie nach auswärts in den Dienst gegangen, und als er sie später in der Nachbarschaft entdeckte, hatte er ihr verschwiegen, daß inzwischen sein Pfleger wieder geheiratet und die neue Frau den Fremdling aus dem Hause gebissen hatte, in dem der früher wie der einzige Sohn gelebt.

Einem Holzschneider und Wilderer hätte sie sich nicht ergeben, denn sie gab viel auf das, was die Leute sagten und war ein frommes und braves Mädchen.

So trieben Bangigkeit und Schmerz über ein unfruchtbares Leben ohne Hoffnung auf Gemeinschaft der Menschen schwer und verdüsternd über sein Empfinden dahin, bis er heftig wieder seine Tätigkeit aufnahm, das Geräusch verwarf, die Blutspuren mit Blättern verdeckte, die Beute über den Nacken warf und langsam den Berg hinanzog.

An einer Quelle wusch er sich, ließ das Wildbret auskühlen und steckte sich, nachdem er einiges gegessen, die Pfeife an.

Aber hier zwischen Felsen und Wald war es eisig kalt, während draußen im Freien jetzt der blaue Himmel herausgekommen war und die Sonne blinkte. Da überkam ihn die Sehnsucht nach Wärme, und ein Platz tauchte vor ihm auf, den er immer gern gehabt hatte. Er sah deutlich die Höhe eines Grates vor sich, wo man nach zwei Seiten weit über Land sehen konnte.

Im Sommer blühten dort zwischen Felsenplatten die roten Alpenrosen und kugeligen Wacholderstauden und dunkle Latschen entsandten würzige Dünste.

Dorthin brach er auf. Er wollte sich auf eine Felsenplatte legen und sich von den Sonnenstrahlen erwärmen lassen. Von da waren es auch nur mehr zwei Stunden nach seinem Heimatsorte Graußendorf, wo sein ehemaliger Pfleger, der Adlerwirt und Krämer, das Wild kaufen und ihm dafür Ware geben konnte.

Ja, da strahlte die Sonne in brennender Wärme hernieder und hinter einer Kiefer war eine trockene Felsenplatte. Der nächste Weg war von hier wohl noch eine halbe Stunde entfernt, und von dem Jäger niemand zu fürchten.

Er streckte sich behaglich aus und sah gerade in den blauen Himmel, an dem wie im Sommer schneeweiße Wolken dahintrieben.

Daran hingen seine Augen, und als er gerade daran dachte, jetzt seine Hände in die Höhe zu strecken und sich zu dehnen und vorher den Kopf ein wenig drehte, gewahrte er über sich am Grate zwei Helme aufragen, zwei schnurrbärtige Gesichter; und nun standen zwei Gendarmen in grünen Uniformen wie Standbilder dort oben und hoben sich scharf gegen den Himmel ab.

(Fortsetzung folgt)

Sächsische Angelegenheiten

Hölz

Wir haben kürzlich dargelegt, daß wir Hölz mindestens für geistig anormal halten und ihn etwa auf die Stufe jener Verbrecher stellen, die für ihre Handlungen nicht voll verantwortlich gemacht werden können. Für die Richtigkeit dieser unsrer Einschätzung erbringt jetzt auch eine dem Dresdner Anzeiger aus Plauen zugegangene Schilderung einen Beleg. Darin wird unter anderm folgendes mitgeteilt:

Und die Erklärung für die stündlich wachsenden Erfolge? Hölz imponiert durch sein rücksichtsloses Draufgängertum ja durch seinen Terror; das kann man stündlich hören. Dabei spricht er gewandt, fließend, hinreißend. Je nach der Art seiner Zuhörer arbeitet er entweder mit demagogischen Schlagworten oder mit objektiv richtigen Gesichtspunkten, die er aber in der Praxis der nächsten Minuten vergißt. So findet er Anklang in der politisch kritiklosen Menge aller Stände. Darin beruht die Gefahr, daß das Rechtsbewußtsein im Volke mehr und mehr untergraben wird.

Durch die Bewunderung für das anscheinend zielbewußte Auftreten des Hölz wird die Menge blind für seinen Lug und Trug. Hierzu kurz eines von den Begebenheiten der letzten Tage: Sonnabend den 3. April, nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr, wurde in Falkenstein der Waffenstillstand zwischen den Chemnitzer und den vogtländischen Vollzugsausschüssen abgeschlossen und auch von Hölz unterschrieben, wonach bis Mittwoch von keiner Seite irgendeine Aktion unternommen werden darf. Trotzdem verhandelte Hölz dann nach 5 Uhr in Plauen über die Zahlung der 100 000 M., hielt trotzdem auch am Sonntag zwei öffentliche Versammlungen ab und berief für Dienstag nochmals die Fabrikanten und Großgeschäftsleute zur Bildung eines Komitees, das die weiteren wöchentlichen Zahlungen von 100 000 M. bewirken solle, nachdem am 6. April die erste Rate vom Direktor der Industriewerke gezahlt worden ist. Um sich nun von dem Vorwurf des Wortbruches zu reinigen, machte Hölz am 5. April durch Anschläge bekannt, sein Name unter jenem Waffenstillstand sei gefälscht. Dabei liegt die Originalunterschrift des Hölz vor! Auch die abgelieferten Waffen hat er entgegen Vereinbarung und Unterschrift sämtlich mit sich nach Falkenstein genommen; nicht einmal die versprochenen Empfangsbestätigungen sind von ihm und seinen Leuten ausgestellt worden. Auch sind der Plauener Polizei trotz schriftlicher Verpflichtung keine Gewehre zurückgelassen worden.

„Ein Mann — ein Wort" gilt für Hölz ebensowenig, wie seine Unterschrift.

In dieser Schilderung wird Hölz' Verhalten als auf Lug und Trug beruhend hingestellt. Wir sind jedoch der Ansicht, daß er infolge seiner geistig anormalen Veranlagung in gutem Glauben gehandelt hat. Zu bedauern bleibt nur, daß einen solchen Menschen gewisse vogtländische Arbeiter als Führer feiern können. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, betonen wir, daß Hölz' pathologischer Zustand nur ein Grund mehr sein müßte, seinem Treiben endlich ein Ziel zu setzen.

•

Der Kommunist Hölz hatte für gestern nachmittag das Personal der Neuen Vogtländischen Zeitung zu einer Besprechung über ihre finanzielle Lage ins Kaffeehaus Trömel geladen. Durch die völlige Zerstörung des Betriebes dieser Zeitung ist das gesamte Personal brotlos geworden. In der Versammlung gab Hölz zunächst eine Darstellung der Zerstörung des Betriebes und fragte dann die Versammlungsteilnehmer, ob sie ihm irgendwelche Vorschläge zur Besserung ihrer finanziellen Lage machen könnten. Der Vorsitzende des Arbeiterausschusses der Neuen Vogtländischen Zeitung gab daraufhin folgende Erklärung ab: Die heute vormittag stattgefundene Vollversammlung des gesamten Personals der Neuen Vogtl. Ztg. hat zu der Einladung Hölz' Stellung genommen und gibt in nachstehender Erklärung dem Willen der Gesamtheit Ausdruck: Für den Fall, daß Herr Hölz beabsichtigen sollte, das Personal der Neuen Vogtl. Ztg. aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entschädigen zu wollen, erklären die Arbeiter, Hilfsarbeiter und Angestellten des genannten Betriebes, daß sie jede Hilfe von seiner Seite ablehnen. Das gesamte Personal der Neuen Vogtl. Ztg. ist unter keinen Umständen gewillt, den beschrittenen Weg zur Sicherung seiner Existenz zu verlassen. — Im Anschluß hieran fragte der Vorsitzende den Hölz, wie er sich die Pressefreiheit eigentlich denke. Hölz erwiderte, daß er es jetzt bedauere, den Schritt getan zu haben. Aber im Interesse seiner Sache hätte er nicht anders handeln können.

Am Mittwoch nachmittag stattete Hölz auch den Geschäftsräumen der Neuen Vogtländischen Zeitung einen Besuch ab und nahm dabei in Gegenwart von Kriminalbeamten Kassenpapier und Benzin an sich. Er und seine Leute verkehrten am Mittwoch vormittag völlig sorglos in der Stadt und trugen, wenigstens sichtbar, keine Waffen mehr.

•

Am Mittwoch abend fanden in Plauen vier große Versammlungen statt, in denen plötzlich auch der Kommunistenführer Hölz erschien. Er bezeichnete die Versammlungen als Trauerversammlungen und die gehaltenen Reden als Leichenreden. Er erklärte, daß man in einer nachmittags abgehaltenen Versammlung versucht habe, ihn zu erwürgen und ihn zu bestimmen, seine Tätigkeit aufzugeben und sich in das Ausland zu begeben. Sogar falsche Papiere habe man ihm angeboten. Eine eingebrachte Resolution, in der das Vorgehen Hölz' als der Arbeiterschaft schädlich bezeichnet wurde, wurde nach stürmischen Auseinandersetzungen abgelehnt, dagegen eine andere Resolution angenommen, in der die Handlungen Hölz' genehmigt und als dem Interesse der Arbeiterschaft und der Revolution dienend bezeichnet wurden. Die revolutionäre Arbeiterschaft stehe hinter Hölz und decke ihn vollständig.

Reform der Gemeindeverfassung und Landesverwaltung

Die Vorarbeiten für die Verwaltungsreform in Sachsen sind, wie uns gemeldet wird, in ihrem ersten Teile nunmehr abgeschlossen. Ueber die Reform der Gemeindeverfassung, die die Grundlage des ganzen Werkes bildet, ist im Ministerium des Innern eine umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet worden, die sich zur Zeit im Druck befindet und demnächst der Volkskammer zugehen wird. Diese Denkschrift ist im wesentlichen das Ergebnis einer Umfrage der Regierung bei den beteiligten Kreisen, besonders den Organisationen, den Gemeinden und Gemeindepolitikern, und faßt die Gesichtspunkte zusammen, die bei den Beratungen der Volkskammer und der Gemeinden selbst als für eine Reform der Gemeindeverfassung bedeutungsvoll bezeichnet worden sind.

Für die Neugestaltung der Landesverwaltung sind ebenfalls die Vorarbeiten im Gange. Die Hauptarbeit wird auf diesem Gebiete aber erst geleistet werden, wenn über die künftige Gestalt der Selbstverwaltung zwischen Regierung und Volksvertretung Uebereinstimmung erzielt worden ist.

Ohne das Ergebnis dieser Vorarbeiten abzuwarten, wird die Aenderung wichtiger Verwaltungsgesetze namentlich im Sinne einer Vereinfachung des Geschäftsganges vorbereitet. Hierfür kommen das Baugesetz, das Wassergesetz und das Wegerecht in erster Linie in Betracht.

Die Verwaltungsreform in Sachsen

Auch in Sachsen „macht" man, wie in Preußen, seit Jahren in Verwaltungsreform, ohne daß jemals wirklich etwas geschähe. Vielmehr wächst der Beamtenkörper ins Ungemessene. Ueber den augenblicklichen Stand der Vorarbeiten zur Verwaltungsreform erfahren wir von zuständiger Seite folgendes: Die Vorarbeiten sind in ihrem ersten Teil nunmehr abgeschlossen. Ueber die Reform der Gemeindeverfassung, die die Grundlage des ganzen Werkes bildet, ist im Ministerium des Innern eine umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet worden, die sich zur Zeit im Druck befindet und demnächst der Volkskammer zugehen wird. Diese Denkschrift ist im wesentlichen das Ergebnis einer Umfrage der Regierung bei den beteiligten Kreisen, besonders den Organen der Gemeinden und den Gemeindepolitikern, und faßt die Gesichtspunkte zusammen, die bei den Beratungen der Volkskammer und von den Gemeinden selbst als für eine Reform der Gemeindeverfassung bedeutungsvoll bezeichnet worden sind. Für die Neugestaltung der Landesverwaltung sind ebenfalls die Vorarbeiten im Gange. Die Hauptarbeit auf diesem Gebiet wird aber erst geleistet werden können, wenn über die künftige Gestaltung der Selbstverwaltung zwischen Regierung und Volksvertretung Uebereinstimmung erzielt worden sein wird. Die Aenderung wichtiger Verwaltungsgesetze, namentlich im Sinn einer Vereinfachung des Geschäftsganges, wird aber schon jetzt vorbereitet. Hierfür kommen in erster Linie das Baugesetz, das Wassergesetz und das Wegerecht in Betracht.

Mandatsniederlegung

Das Mitglied der sächsischen Volkskammer Erich Kühs aus Falkenstein i. V. hat aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt. Kühs war im dritten Wahlkreis gewählt und ist von Beruf Handlungsgehilfe. Er gehörte der demokratischen Fraktion an. — Sein Nachfolger auf der Liste dieser Partei ist der bekannte Landgerichtsdirektor und Kriminalpsychologe Dr. Erich Wulffen, der zur Zeit der Wahl in Zwickau lebte, inzwischen aber nach Dresden versetzt worden ist. Er hat sich durch seine Studien und seine Romane einen Namen gemacht, wenn er auch vor Jahren wegen eines Romans „Frau Justitias Walpurgisnacht" (der eingestampft werden mußte) von Dresden nach Zwickau strafversetzt wurde, weil er darin manche Verhältnisse allzu offenherzig besprochen hatte. Es ist noch unbestimmt, ob Wulffen das Mandat annehmen wird, da er inzwischen den Wahlkreis, für den er gewählt worden ist, verlassen hat.

Gewerbliche Genossenschaften in Sachsen

Dem Landesverband gewerblicher Genossenschaften in Sachsen waren am 31. Dezember 1919 283 Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht angeschlossen.

Erhöhung der Sachverständigengebühren

Anregungen aus den Kreisen des sächsischen Handwerks und Kleinhandels entsprechend, ist die Gewerbekammer Dresden als Vorort der sächsischen Gewerbekammern beim Justizministerium wegen einer Erhöhung der nicht mehr zeitgemäßen Entschädigungssätze für gerichtliche Sachverständige vorstellig geworden. Das Ministerium hat eine wohlwollende Prüfung der Angelegenheit in Aussicht gestellt.

Ausnutzung der Wasserkräfte

Die städtischen Kollegien beschlossen, die Wasserkräfte des Pöhlabaches im Annaberger Ratswald zur Elektrizitätserzeugung im größten Maßstabe auszunutzen. Fachurteilen zufolge könnte dieses Kraftwerk auf 2000 Millionen Kilowattstunden Jahresleistung gebracht und damit zum größten Sachsens werden, womit 5- bis 6000 Tonnen jährliche Kohlenersparnis verbunden sein würde. Während die Baukosten bei einem Voranschlage im Oktober auf nur 3½ Millionen Mark berechnet wurden, werden sie sich jetzt auf zehn Millionen Mark beziffern.

Glauchau. Dienstag vormittag wurde der Rittergutspächter Kretzschmar vom Rittergut Remse durch eine Abteilung der Glauchauer Arbeiterwehr unter Führung des Kommunisten Nagler, ohne daß diese vom Glauchauer Vollzugsrat dazu beauftragt waren, festgenommen. Als Grund wurde Kretzschmar angegeben, daß er durch falsche Angaben Mitglieder der Arbeiterwehr verleumdet habe. Kretzschmar wurde gegen Hinterlegung einer Kaution von 10 000 M. bis Mittwoch früh freigelassen. Dann soll eine neue Vernehmung stattfinden, zu der auch der Aktionsausschuß geladen wurde.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Sonnabend vormittag in Chemnitz. Ein daselbst zu Besuch weilender 74 Jahre alter Schneider aus Dresden stürzte durch eine offenstehende Falltür in den Keller hinab und erlitt dadurch eine Gehirnerschütterung, an deren Folgen er, ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen, verschied. — In Hinterhermsdorf wurde bei einem Kampfe zwischen einem sächsischen Grenzbeamten und einem übelberüchtigten Schmuggler aus Zeidler in Nordböhmen dieser durch einen Schuß des Grenzbeamten getötet, da der Schmuggler entfliehen wollte. Ein Sohn des Getöteten ist etwa vor Jahresfrist während des Schmuggelns von tschechischen Grenzsoldaten erschossen worden.

Stadt-Chronik

Das Ewige

Die Erde dreht sich Tag um Tag . . .
Laß sich die runde Erde drehn;
Schau: wandelt nicht der Lenz im Hag?
Sag: ist die liebe Welt nicht schön?

Aus Nacht wird Tag, aus Tag wird Nacht,
Und immer wieder kommt das Licht,
Das Tod und Starrheit neu entfacht,
Abgründe küßt und Gräber bricht . . .

Es rollt das Jahr, es rinnt die Zeit . . .
Und doch — die Jugend stirbt nicht aus!
Sie trägt, trotz Sorge und trotz Leid,
Sich in das Haus den Blumenstrauß!

Und wie ein Tag den andern schafft
Und aufhaltsam flieht und naht,
So wirk' auch du: bewußt, voll Kraft!
Denn Leben ist Genuß und Tat!

Ein Wort an alle Arbeitereltern!

ch. Ostern ist vorüber, das Fest des Frühlings und der Auferstehung. Wieder haben tausende junge Menschenkinder die Schule verlassen. Ein neuer Lebensabschnitt beginnt für sie, denn nun werden all diese jungen Menschen eingereiht in das gewaltige Getriebe des Wirtschaftslebens. Voll Stolz und Freude blicken die Eltern auf ihre Söhne und Töchter und sie haben auch ein Recht dazu. Haben sie doch ihre Kinder erzogen, haben sie doch ihr Bestes den Kindern gegeben. Aber in diesem berechtigten Stolz, in diese stille Freude mischt sich ein gut Teil Sorgen. Werden unsre Söhne und Töchter auch unsre Hoffnungen erfüllen, werden sie sich zu brauchbaren und tüchtigen Menschen entwickeln?

Unsre Jugend aber stürmt hinaus ins Leben voll Tatendrang und Schaffensmut und voll kühner Hoffnung. Sie will sich betätigen, sie will sich freuen. Und sie hat ein Recht auf Freude. Doch wahllos nimmt sie alles, was sich ihr bietet. Unsre Burschen und Mädels können sich ja noch kein Urteil bilden. Und so bevölkert diese Jugend die Kinos, Tingeltangels und Tanzsalons. Und hier müssen wir eingreifen, die Arbeitereltern und alle Freunde unsrer Jugend. Es ist unsre Pflicht, die Jugend bei ihrem Suchen nach Freude zu unterstützen, ihnen den rechten Weg zu weisen, und da gibt es nur einen Weg. Arbeitereltern, führt eure Söhne und Töchter den Arbeiterjugendvereinen zu! Dort findet unsre Jugend das, was sie ersehnt und erhofft. Frohe Geselligkeit, gute Unterhaltung. Wanderungen in die schöne Natur und unsre lieben alten Volkstänze erfrischen und kräftigen ihren Körper.

Aber nicht nur die Freude wird in unsern Arbeiterjugendvereinen gepflegt, sondern auch das Wissen und die Bildung wird erweitert und vertieft. Unser Staat braucht ganze und selbständige Männer und Frauen. Nichts steht unsrer Weiter- und Höherentwicklung zu vollendetem Menschentum, zum Sozialismus, mehr als dumpfe Gleichgültigkeit. Unsre Arbeiterjugendvereine sorgen dafür, daß unsre Jugend mit den geistigen Waffen ausgerüstet wird, um den gewaltigen Kampf siegreich zu Ende zu führen, den Kampf um unser höchstes Ideal, den Sozialismus. Aber nicht Sozialismus als Parteidogma, sondern Sozialismus als Wissenschaft, als Weltanschauung wird ihnen in unsern Arbeiterjugendvereinen gelehrt. Mit der modernen Arbeiterbewegung werden sie vertraut gemacht, die Solidarität, das Gemeinschaftsgefühl wird in ihnen geweckt. Durch unsre Arbeiterjugendvereine wird in unsern jungen Proletariern das Selbstbewußtsein entwickelt, werden sie zu Selbständigkeit, zu eigenem Denken und Urteilen erzogen.

Und auch für die Befreiung auf wirtschaftlichem Gebiet setzt der Verband der Arbeiterjugendvereine seine ganze Kraft ein, der Jugend zu ihrem Recht zu verhelfen. Der junge Arbeiter, die junge Arbeiterin, der Lehrling, sie dürfen nicht mehr als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Auch sie haben das Recht, als Mensch gewertet und geachtet zu werden. Wir fordern ein Reichsjugendschutzgesetz, das alle Fragen, die den wirtschaftlichen Schutz unsrer Jugend betreffen, regelt. Wir fordern für unsre Jugend Ferien, auskömmliche Entlohnung, menschliche Behandlung, sachgemäße Ausbildung.

Das sind nur kurz skizziert die Ziele, die unsre Arbeiterjugendvereine erstreben. Drei Hauptpunkte sind es, die gewissermaßen die Leitsterne der Tätigkeit des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands bilden:

Schutz der Jugend vor Verflachung und Versimpelung — Pflege rechter und echter Freude.

Schutz der Jugend vor Ausbeutung und Unterdrückung — Erkämpfung eines Reichsjugendgesetzes.

Heranbildung eines selbständigen und selbstdenkenden Nachwuchses — Heranbildung von edlen Menschen und begeisterten Kämpfern für den Sozialismus.

Darum, Arbeitereltern, nicht in bürgerlichen Jugendvereinen, nicht in allen möglichen Geselligkeits- und Kimbimvereinen und -Klubs ist der Platz eurer Kinder. Schickt sie in unsre Arbeiterjugendvereine!

•

Die Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend veranstaltet Sonntag den 11. April, abends 6 Uhr, im Logenhaus, Dresden-A., Ostra-Allee 15, eine künstlerische Osterfeier unter Mitwirkung des Bundeschors; Festrede Herr Lehrer Arno Arzt, Volkskammermitglied; Frau Gerda Juraschewitsch, Violine, Frl. Marie Dunik am Flügel; Frl. Nidia Pines Rezitation; Frau Helga Petri Lieder zur Laute. Die namhaften künstlerischen Kräfte sichern einen vollen Erfolg des Abends und werden alle Jugendgenossen und Genossinnen, Arbeitereltern und Freunde unsrer Arbeiterjugendbewegung zu recht zahlreichem Besuch eingeladen. Arbeitereltern, schickt eure Schulentlassenen zu dieser Jugendweihe!

Eintrittskarten zu 90 Pf. sind im Jugendsekretariat, Ritzenbergstraße 6, II., in den Buchhandlungen der Volkszeitung und am Saaleingang zu haben. Arbeitereltern, schickt eure Söhne und Töchter in die Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend! Wir verweisen auf den Aufruf: „Ein Wort an alle Arbeitereltern" in der heutigen Ausgabe der Volkszeitung.

Keine Herabsetzung der Brotration

Nach einer Mitteilung des Landeslebensmittelamtes ist das unter der Bevölkerung verbreitete Gerücht von einer bald bevorstehenden Herabsetzung der Brotration auf wöchentlich drei Pfund unbegründet. Im Gegenteil bereite sich, wie die Nachrichten aus Berlin erkennen ließen, eine wenn auch ganz allmähliche Besserung in unsrer Brotgetreideversorgung vor, so daß für die nächsten Wochen zumindest an eine Kürzung nicht gedacht zu werden brauche.

Kaiserbilder

Ein Leser teilt uns mit, daß auch im Sitzungssaal des Oberversicherungsamtes Dresden, Kasernenstraße 20, 1., noch drei Kaiser- und Königsbilder von sehr ansehnlicher Größe, darunter „König Friedrich August", hängen zur ergötzlichen Augenweide und vielleicht zum Trost für die Armen, die dort der Urteile harren. Vielleicht genügt dieser Hinweis, die dafür verantwortlichen Herren daran zu erinnern, daß diese Fürstenbilder aus den öffentlichen Anstalten der Republik zu entfernen sind.

Winterbeihilfen für Kriegshinterbliebene

Vom Ortsamt für Kriegerfürsorge der Stadt Dresden, An der Kreuzkirche 6, Erdgeschoß links, Zimmer Nr. 85, wird uns geschrieben: In den nächsten Wochen soll die letzte Rate der Winterbeihilfen für Kriegerhinterbliebene ausgezahlt werden. Die Zusendung der Bewilligungsbescheide an die Unterstützungsberechtigten erfolgt ohne Stellung eines besonderen Antrags von Amts wegen und hat bereits begonnen. Nur diejenigen Hinterbliebenen, die infolge Zuzugs oder aus Unkenntnis der seinerzeitigen Bekanntmachungen bisher einen Antrag auf Winterbeihilfen noch nicht gestellt, einen Anspruch auf diese aber zu haben glauben, und diejenigen, deren Anträge bei der Verteilung der ersten beiden Raten der Winterbeihilfen nach den bestehenden Bestimmungen abgelehnt werden mußten, werden aufgefordert, sich baldigst in der Geschäftsstelle des obenbezeichneten Ortsamtes während der geordneten Dienstzeit von 9 bis 1 Uhr vormittags zur Stellung eines Antrags einzufinden. Dem Antrag kann nur stattgegeben werden, wenn der Grund der vorausgegangenen Ablehnung auf Gewährung der Winterbeihilfe durch etwa veränderte Familien- und Erwerbsverhältnisse hinfällig geworden ist.

Bestrafte Schleichhändler

Der Besitzer des Hotels Stadt Rom, Adam Mayer, kaufte zu verschiedenen Malen größere Posten Fleischwaren von dem Kaufmann Johann Paul Jedzinz in Königshütte. Er hat dafür auch schon im Jahre 1918 10 000 M. Strafe bezahlt. Das Gericht verurteilte die beiden wegen Schleichhandels, und zwar Mayer zu einer Woche Gefängnis und 5000 M. Strafe und Jedzinz zu einer Woche Gefängnis und 500 M. Strafe. Kann die Geldstrafe nicht beigetrieben werden, tritt für je zehn Mark ein Tag Gefängnis. Eine Reihe Prozesse wegen Trichinoseerkrankungen im Hotel Stadt Rom sind noch zu erwarten.

•

Wegen des gleichen Vergehens hatten sich der Fleischermeister Paul Emil Leisner und dessen früherer Geselle Oskar Vogel, jetzt Geschäftsführer in dem Lebensmittelhandel seiner Ehefrau, zu verantworten. Beide kauften mehrere Male größere Posten Fleisch angeblich von Unbekannten. Anfang Januar erhielten sie wieder einen größeren Posten Rind- und Kalbfleisch. L. holte das Fleisch mit seinem Geschirr und nahm auch V.s Anteil einstweilen mit in sein Grundstück. Als es V. holen wollte, hatte es die Polizei schon beschlagnahmt. Die Anklage nahm an, daß beide das Vieh selbst schwarzgeschlachtet, es fehlt aber der Nachweis. Das Urteil lautete bei jedem auf eine Woche Gefängnis und 1000 M. Strafe oder weitere 100 Tage Gefängnis.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200408/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Opfer des Heiratsschwindlers

Der 1893 in Linz geborene Handlungsgehilfe Alfred Fischer lernte im Juli 1919 eine Witwe G. im Café König kennen. Er stellte sich ihr als Bankbeamter Steinbach vor, sprach von seinen angeblich guten Verhältnissen in Frankfurt a. M. Sein Vater wäre dort Prokurist der Deutschen Bank. Er versprach ihr sofort die Ehe, ließ sich 600 M. zur Anzahlung auf ein Zigarettengeschäft geben, die gleich am andern Tage zurückgezahlt werden sollten. Aus einer Kommode stahl er 50 M. und verschiedene Schmucksachen. Ein Stück Seidenstoff von sechs Meter a 150 M. versetzte er bei einem Kellner für 150 M. Kurz darauf wurde er mit einer Buchhalterin Fräulein S. bekannt. Er ging zweimal mit ihr aus. Auch ihr versprach er die Ehe und borgte ihr sofort 200 M. ab. Im Spielklub Zur Johannisburger Hölle lernte er einen Werkmeister L. kennen. Mit diesem besuchte er gegen Morgen noch ein öffentliches Haus. Dann begleitete F. den L. mit in sein Hotel. L., der total betrunken war, schlief sofort ein. F. nahm die goldne Uhr L.s, aus dessen Brieftasche 2600 M. sowie den Mantel und verschwand. L. bemerkte den Diebstahl erst, als er nachmittags 1½ Uhr aufwachte. Weiter lernte F. eine Frau verw. R. kennen. Auch ihr machte er einen Heiratsantrag. Dann schwindelte er ihr die Unterschrift auf einen Wechsel über 5000 M. und auf ein Blanko-Wechselformular ab. Letzteres füllte er mit 10 000 M. aus und bemühte sich, den Wechsel zu diskontieren. Letzteres konnte noch verhindert werden. Für die 5000 M. mußte Frau R. ein Klavier opfern. Die zweite Strafkammer verurteilte Fischer zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

Betriebsräte. Zu unsrer gestrigen Notiz ist zu berichtigen, daß sich die Genossen, die an den Unterrichtskursen teilnehmen sollen, Freitag den 9. April, nicht den 12. April im Volkshaus zu melden haben.

Der Personenzug Dresden-Hbf. nach Freiberg, der 9 Uhr 54 Minuten von Dresden abfährt und auf allen Stationen hält, wird vom 12. April an wieder verkehren.

Enteignung von Hausbrandkohle. Vom Kohlenamt wird uns geschrieben: Im Monat März 1920 wurden 34 Enteignungen in Haushaltungen und Hausbrandbetrieben durchgeführt, die sämtlich von Erfolg waren. Die enteignete Kohlenmenge beläuft sich auf insgesamt 610 Hektoliter, das sind 47 Tonnen oder knapp fünf 10-Tonnen-Wagen.

Für den Haushalt. Verteilung von Milchfüßspeisen in der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt. Auf Abschnitt 45 der weißen und rosaen Brotaufstrichkarte werden 500 Gramm Milchfüßspeise verteilt. Die Anmeldung für diese Belieferung hat von den Verbrauchern bis zum 12. April in einem Kleinhandelsgeschäft zu erfolgen. — Drei Pfund Kartoffeln und 200 Gramm Mehl für die fehlenden Kartoffeln werden für die nächste Woche verteilt. — Nährmittelverteilung in den beiden Dresdner Amtshauptmannschaften. In der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt wird beliefert Abschnitt 42 der Nährmittelkarte A mit 250 Gramm Haferflocken, der Karte B mit 250 Gramm Bohnen, der Karte C mit 125 Gramm Tapiokamehl und der Karte D mit 250 Gramm Haferflocken. Anmeldung am 9. und 10. April. — In der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt wird beliefert Abschnitt 42 der Karte A mit einem halben Pfund Grieß, der Karte B mit einem halben Pfund Hafernährmitteln, der Karte C mit einem viertel Pfund Bohnen, der Karte D mit einem viertel Pfund Sago. Anmeldung spätestens bis zum 10. April.

Sammelstelle für die Notleidenden im Sächsischen Erzgebirge. Für die Notleidenden im Sächsischen Erzgebirge hat auch der Zentralausschuß für die obererzgebirgischen und vogtländischen Frauenvereine, im Einvernehmen mit dem Hilfsausschuß für das Sächsische Erzgebirge, in seiner Geschäftsstelle in Dresden-N., Königin-Carola-Platz 1 (Finanzministerium), Zimmer 198, eine Sammelstelle für Geldspenden eingerichtet. Ueber die bei dieser Sammelstelle eingehenden Gaben wird von Zeit zu Zeit in den Tageszeitungen Bericht erstattet werden.

Kinderturnen. Die Vereinigte Freie Turnerschaft Dresden-A. führt in ihren drei Abteilungen nach den Osterferien das Turnen für Kinder vom achten Jahre an ein. Die Turnstunden finden in der Zeit von 5 bis 7 Uhr statt, und zwar in Altstadt: Vitzthumsches Gymnasium, Dippoldiswaldaer Gasse 9, Freitags; in Friedrichstadt: 17. Volksschule, Wachsbleichstraße 6, für Knaben Dienstags, für Mädchen Donnerstags; in Plauen: Volksschule, Schlettermacherstraße, für Mädchen Mittwochs, für Knaben Freitags. — Der Monatsbeitrag ist äußerst niedrig bemessen. Die Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die ihren Kindern eine geregelte Leibesübung angedeihen lassen wollen, seien hierdurch darauf hingewiesen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, -teilnehmer und -hinterbliebenen. Bezirk Löbtau. Die nächste Kameradenversammlung findet Sonnabend den 10. April im Weißen Adler und die Hinterbliebenenversammlung Montag den 19. April im Drei-Kaiser-Hof statt. Erscheinen aller ist Pflicht. — **Bezirk Dresden-Gruna, Reick, Seidnitz und Strehlen.** Mitgliederversammlung am 14. April, abends 7½ Uhr, im Restaurant Germania, Gruna, nahe Postamt 28. Sehr wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Volkshochschule. Dr. Georg Vierbaum beginnt Dienstag den 13. April, 7¼ Uhr, im Naturgeschichtszimmer der Dreikönigsschule den zweiten Teil seiner Vortragsreihe über Vergleichende Anatomie des Arbeiterkörpers (mit Einschluß des Menschen), acht Abende. Preis der Teilnehmerkarte 2 M. — Mittwoch den 14. April, von 7 bis 9 Uhr, setzt Dr. Paul Wechsler die durch Krankheit unterbrochenen Vorträge in der 49. Volksschule, Tieckstraße 14, über den guten deutschen Stil fort. In sechs Vorträgen behandelt Dr. Franz Mockrauer, dessen sonstigen Lehrgänge nächste Woche ihren regelmäßigen Fortgang nehmen, das Ende der griechischen Philosophie in der 49. Volksschule, Tieckstraße 14, Zimmer 56. Er beginnt Mittwoch den 14. April, 7½ Uhr.

Die neuen Vorträge und Uebungen von Professor Dr. Gotthold Weicker beginnen nicht am 13. April, sondern erst Dienstag den 4. Mai.

Diplom-Handelslehrer Karl Hintze behandelt in acht Vorträgen, an die sich vier Doppelstunden-Uebungen anschließen sollen, das Geldwesen. Diese Darbietungen finden im Stadthaus Johannstadt, Blumenstraße 2, III., statt und beginnen Mittwoch den 14. April, 7½ Uhr. Karten zum Preise von 4 M. für die ganze Reihe in der Geschäftsstelle, Breite Straße 9, II. Der Gegenstand wird in seiner geschichtlichen wie in seiner gegenwärtigen Bedeutung eingehend besprochen werden.

Der Zirkus Sarrasani bringt allabendlich das romantische Schauspiel und Ausstattungsstück Krone und Fessel zur Aufführung. Im Vorprogramm erregt das Motorradrennen im Todesring Aufsehen. Die Vorstellung beginnt 7 Uhr abends.

Gasvergiftungen. Die Feuerwehr wurde zu Hilfeleistungen gerufen, und zwar 1.10 Uhr vormittags nach Löscherstraße 2 und 5.3 Uhr vormittags nach Kaulbachstraße 4. Im ersten Falle war ein 14jähriger Lehrling und im letzteren Falle eine 36jährige Frau durch Einatmen von Leuchtgas bewußtlos geworden. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben im ersten Falle nach 10 Minuten ohne Erfolg, da der Tod bereits eingetreten war, während sie im zweiten Falle nach 30 Minuten von Erfolg waren.

Jugendliche Kohlendiebe. Eine Folge der Heizmittelnot ist eine Unsitte der Kinder, die man täglich in der Nähe des Kohlenbahnhofs und der Ausschiffungsplätze an der Elbe beobachten kann. Knaben und Mädchen pflegen dort Kohlengeschirren aufzulauern und dann mit oder ohne Wissen der Kutscher die Wagen zu erklettern, um sie auszuplündern. Während sie nun bei der Fahrt die Briketts oder Kohlen auf die Fahrstraße herabwerfen, sammeln sie andre in Säcke und Körbe. Die Beute ist zuweilen so ergiebig, daß sie diese in mitgebrachten Wagen nach Hause fahren. Am Mittwoch führte in später Nachmittagsstunde diese Unsitte zu einem bedauerlichen Unfall auf der Tharandter Straße. Während dort eine Anzahl Kinder in der geschilderten Weise einen beladenen Kohlenwagen erleichterte und ein jedes möglichst reiche Beute machen wollte, stieß ein Knabe einem andern 10jährigen Schulknaben, dessen Eltern in der Tharandter Straße wohnen, an der Kreuzung der Würzburger und Tharandter Straße unter den Wagen, so daß dessen Räder über ihn hinwegingen und ihm einen Arm zertrümmerten. Der Knabe wurde nach dem Krankenhause gebracht. Er wurde zum Krüppel. Der Unglücksfall mag andern zur Warnung dienen.

Gleichstrommotor gestohlen. Vom 1. bis 6. April ist auf einem Grundstück Am See ein elektrischer Gleichstrommotor von 2 PS. im Werte von 2500 M. gestohlen worden. Der Geschädigte hat für die Wiederherbeischaffung des Motors 200 M. Belohnung ausgesetzt.

Vermischte Nachrichten. Ein 14 Jahre alter Schiffsbauerlehrling, Sohn eines in der Löscherstraße wohnhaften Zimmermanns, tötete sich gestern früh aus geringfügiger Ursache durch Einatmen von Leuchtgas. Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. — Mit Chloroform und Leuchtgas betäubte sich gestern in selbstmörderischer Absicht in ihrer Wohnung in der Kaulbachstraße eine 30jährige Frau. Nachdem die Feuerwehr die Tür geöffnet, brachte sie die Lebensmüde nach 30 Minuten durch Anwendung von Sauerstoff wieder zum Bewußtsein. — Von der Marienbrücke sprang gestern nachmittag gegen 2½ Uhr ein 20jähriger Postbote aus Großburgk. Der am Postamt Coßmannsdorf angestellte Mann wurde durch ein Brückengeländer fortgetrieben und wäre ertrunken, wenn ihn nicht ein Baggerer, der ihm nachgefahren war, erlangt und ans Ufer gebracht hätte. Er fand die erste Pflege in der Hilfsstation am Kaiser-Wilhelm-Platz und wurde dann der Heil- und Pflegeanstalt zugeführt. — Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, hat ein Fürsorgezögling den großen Scheunenbrand im Rittergut Klingenberg dadurch verschuldet, daß er beim Anbrennen einer Zigarette ertappt und das noch glimmende Streichholz fahrlässig in einer der beiden Scheunen weggeworfen hat. Der geständige Zögling wurde in der Anstalt Marienhof in Dresden untergebracht.

Aus dem Parteileben

Bezirk Striesen. Umstände halber fällt der Diskussionsabend morgen aus. Sitzung der Verwaltung abends 7½ Uhr im Schlütterhof.

Bezirk Mickten. Freitag den 9. April, abends 8 Uhr, Sitzung im Ratskeller.

Bezirk Pieschen. Freitag abend wichtige Sitzung.

Sozialdemokratischer Verein Dresden-A. 5. Unterbezirk. Freitag den 9. April, abends 7½ Uhr, Gruppenversammlungen in den bekannten Lokalen. Tagesordnung: Neuwahlen der Gruppenleitungen, Vorschläge für das Aktionskomitee, für den Bezirksvorstand, für die Zeitungskommission und für die Jugendbeiräte. Neuwahl der Wohlkomitees. Bericht des Vorstandes. Es ist Pflicht der Genossen und Genossinnen, zahlreich zu erscheinen.

6. Kreis, Bezirk Löbtau-Kaitzitz. Sonnabend den 10. April, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Pollitz 15, eine Zusammenkunft aller Parteigenossen (der beiden Bezirke), die der Einwohnerwehr angehören, statt. Verschiedene wichtige Sachen sollen besprochen werden.

Zauckerode, Kesselsdorf, Braunsdorf. Sonnabend abend 7½ Uhr im Wolfs Restaurant in Burgwitz Bezirksmitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag über die politische Situation, Vereinsangelegenheiten. Die Parteigenossen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Plauenscher Grund

Coschütz. Auch aus unserm Ort werden 40 Kinder an der Speisung unterernährter Kinder durch die amerikanische Gesellschaft der Quäker teilnehmen. Die Speisung findet in der Schulküche zu Gittersee statt. Die Auswahl der bedürftigen bzw. unterernährten Kinder wird am Montag in der Schule im Beisein des Schularztes stattfinden.

Birkigt. Gemeinderatssitzung. Zur Kenntnis wurde genommen, daß das Ortsgesetz über die Zusammensetzung des Ernährungsausschusses (zu ⅔ aus Verbrauchern und zu ⅓ aus Erzeugern) oberbehördlich genehmigt worden ist. — Die Wahl der Frau verw. Mauersberger in Coschütz als Bezirkshebamme findet Zustimmung, weiter auch dahingehend, daß ihre baldige Wohnsitzverlegung nach Niedergittersee zu erfolgen hat. — Für bedürftige Rentenempfänger sollen künftig auf Ansuchen höhere Beihilfen gewährt werden. Für eine alleinstehende weibliche Person 75 M., für alleinstehende männliche 85 M., für Ehepaare 125 M. und für ein Kind 10 M. pro Monat einschließlich der Rentenbezüge. — Ein Gesuch der Landwirtschaftl. Schule Pirna um eine finanzielle Beihilfe wird abgelehnt, da die Landwirte eher dazu in der Lage sind, Beihilfen zu leisten, als eine arme Arbeiterwohnsitzgemeinde. — Durch die fortgesetzt gestiegenen Unterhaltungskosten des Gemeindegrundstücks sah man sich genötigt, ab 1. Juli eine zwanzigprozentige Steigerung der Wohnungsmieten nach Gehör der Mieter eintreten zu lassen, da eine solche bisher noch nicht erfolgt ist. — Für kranke und unterernährte Kinder von 6 bis 14 Jahren und hoffende und stillende Mütter beabsichtigen die Quäker, eine amerikanische Kommission eine mehrwöchige Speisung sogenannte Mastkur, einzuführen. Das Nähere ist an den Anschlagsäulen zu ersehen. — Wegen der schlechten Kohlenbelieferung ist man vorstellig geworden. Weiter erfolgt Aufklärung über den hohen Preis des letzthin verkauften Holzes, was billiger nicht abgegeben werden konnte. — Von der ab 8. März erhöhten Unterstützung der Erwerbslosen nach Dresdner Sätzen nimmt man genehmigend Kenntnis, ebenso davon, daß eine 60prozentige Anrechnung des Arbeitsverdienstes die Gruppe A noch beschäftigen wird. — Die den Gemeindebeamten und Arbeitern bisher gewährten Bezüge werden bis zum Erscheinen der in Aussicht stehenden Besoldungsordnung als Vorschuß auf dieselbe weiter gezahlt. — Genosse Jänichen und der Vorsitzende berichten eingehend über die vorgenommenen Ortsbesichtigungen der Quellgebiete und die Ursachen der Verunreinigung des Quellwassers. Nach Aussprache stimmt man den Maßnahmen und der Weiterverfolgung dieser Angelegenheit zu. — Vom Genossen Teistler wird noch die Anpflanzung von Obstbäumen, besonders an dem noch Glühmanns Fabrik zu gelegenem Teile der Breiten Straße, angeregt, was Zustimmung findet und dem Bauausschuß übertragen wird. — Anschließend nichtöffentliche Sitzung.

Potschappel. Morgen Freitag abends 7½ Uhr, Lichtbildervortrag vom Touristenverein Die Naturfreunde im Gasthof zur Krone Schicht. Der Vortragende wird 150 eigene Aufnahmen der Photosektion aus der Dresdner Umgebung und der Sächsischen Schweiz vorführen. Karten zu 40 Pf. können noch am Saaleingang entnommen werden.

Potschappel. Auf zwei Aprilabschnitte der Landessperrkarte kann in der Butterhandlung, in deren Kundenliste der Karteninhaber eingetragen ist, ¼ Pfund Quark zum Preise von 90 Pf. entnommen werden.

Deuben. Der Gemeindevorstand macht bekannt: Am 31. März bzw. am 1. April 1920 waren fällig: a) der erste Termin Landeskulturrente für 1920 in der Höhe des vorjährigen Terminbetrages; b) der erste Termin Landesbrandversicherungsbeiträge für 1920 nach zwei Pfennig für eine Beitragseinheit; c) der erste Termin Wasserzins für das erste Kalendervierteljahr 1920 in der gleichen Terminhöhe wie im Vorjahre. Zahlungsfrist: 15. April 1920. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt das vorgeschriebene Mahn- und Beitreibungsverfahren. Besondere Steuerzettel werden für die genannten Steuern nicht ausgegeben. Die Quittung wird vielmehr auf der Rückseite des Gemeindeeinkommensteuerzettels für 1920 bewirkt, der deshalb bei der Zahlung mitzubringen ist.

Gemeindetag

Am Mittwoch nachmittag wurde im Fremdenhof Drei Raben in Dresden ein Gemeindetag der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt abgehalten, dem auch der Amtshauptmann Dr. Schulze beiwohnte. Der Vorsitzende, Gemeindevorstand Lorenz-Cossebaude, teilte zunächst mit, daß der Vorstand gegen die

Erhöhung der Fahrpreise im Vorortsverkehr

bei der Staatsregierung vorstellig geworden ist, indem man darauf hingewiesen hat, daß die Besiedlung der Vorortsgemeinden nur erhalten und gesteigert werden könne, wenn die Fahrpreise erträglich gehalten werden. Im andern Falle müßten die vielfachen geschäftlichen Beziehungen zwischen Großstadt und Vororten und ganz besonders der Ausflugsverkehr leiden. Die Eingabe habe leider wenig Erfolg gehabt. Auf die Eingabe an die Volkskammer und den Elbtalischen Verkehrsverband stehe die Antwort noch aus.

Der Vorsitzende verwies auf den Ausspruch des Regierungsvertreters in der Volkskammersitzung vom 23. März, daß die Vorortsfahrpreise auf einem erträglichen Maße gehalten werden müssen, und betonte nochmals, daß eine Verschlechterung und Verteuerung des Verkehres nach den Vororten die Fundamente der Vorortsgemeinden unterwühlen müsse und unvereinbar mit den Bestrebungen einer gesunden Wohnungs- und Siedlungspolitik sei.

Regierungsamtmann Dr. Schmidt gab hierauf einen ausführlichen Bericht über den

Stand der Wohlfahrtspflege im Bezirk.

Er hielt eine Zentralisation der Wohlfahrtspflege innerhalb des Pflegebezirks für unbedingt notwendig. Die Mitarbeit der freiwilligen Helfer und Helferinnen sei aber nicht zu entbehren. Hauptsache sei ein reibungsloses Zusammenarbeiten. Die Hilfe müsse von dort genommen werden, wo sie freiwillig geboten werde, ohne Rücksicht auf religiöse oder politische Anschauungen. Im Bezirk ist jetzt die Wohlfahrtspflege eingerichtet. Beschließendes Organ ist der Pflegeausschuß. Als Fürsorgearzt wurde Dr. Jakobi-Seitzsch angestellt, dem die technische Leitung obliegt. Dieser sowie die Bezirkspflegerin halten Sprechstunden ab. In erster Linie kommt bei der Wohlfahrtspflege die Säuglings- und Kleinkinderpflege bzw. der Mutterschutz in Betracht. Beabsichtigt ist, in den Mädchenfortbildungsschulen Kurse für den Mutterberuf einzurichten. Die werdenden Mütter erhalten Merkblätter ausgehändigt. Das Rückgrat der Säuglingsfürsorge sind die Mutterberatungsstellen, von denen es jetzt neun im Bezirk gibt. Bei der Ziehkinderaufsicht ist die Mitwirkung der Gemeinden noch ziemlich mangelhaft. Dabei ist gerade sie ein etwas durchaus Notwendiges. Die Pflegestellen sind recht knapp, so daß Säuglingsheime und Kinderhorte eine dringende Notwendigkeit sind. Die Schulzahnpflege ist im Werden begriffen. Die Erholungsheime in Hintergersdorf und Klingenberg haben gute Erfolge aufzuweisen. Ein Versuch wird jetzt auch gemacht mit der Licht- und Luftbadepflege im Kaitzbachtale, wo sich bedürftige Kinder halbtagsweise unter Aufsicht tummeln können. Den Kleinen wird auch eine sehr nahrhafte Kost verabreicht. Die Quäker wollen auch im Bezirk unentgeltliche Speisungen einrichten. In nächster Zeit wird auch die Berufsvormundschaft zur Einführung gelangen. Die Tuberkulosefürsorge liegt jetzt in den Händen der drei Gemeindeverbände Plauenscher Grund, Bezirk Ost und West. Zwei Verbände haben eigene Heime. In nächster Zeit wird auch dieser Zweig der Wohlfahrtspflege vom Pflegebezirk übernommen werden, was um so wünschenswerter ist, als manche Gemeinden jetzt noch den Gemeindeverbänden fernstehen. Die Krüppelfürsorge bietet ein weites Feld der Betätigung, die jetzt dadurch erschwert wird, daß die Apparate außerordentlich teuer geworden sind. Endlich ist noch die Wohnungsfürsorge zu nennen, die bei der herrschenden Wohnungsnot freilich nahezu illusorisch gemacht wird. Es kann sich hier gegenwärtig fast nur darum handeln, erzieherisch auf das Publikum in bezug auf die Pflege und Behandlung der Wohnungen einzuwirken.

Der Bericht rief eine längere Debatte hervor. Auf Ausführungen des Gemeindevorstandes Rehfeld, Stetzsch, der die finanzielle Seite der Angelegenheit berührte, erwiderte der Amtshauptmann, daß es gewiß nicht leicht sein werde, die Deckungsfrage zu regeln. Wenn aber für eine Aufgabe Geld beschafft werden müsse, so sei es die Wohlfahrtspflege. Man dürfe hoffen, daß man in absehbarer Zeit mit dem Organisationsausbau zu Ende kommen werde. Ein schnelleres Arbeiten sei nötig, weil auf diesem Gebiete früher viel versäumt worden sei. Daß einzelne Schritte überstürzt getan werden, träge nicht zu. Der letzte Haushaltplan des Wohlfahrtspflegebezirks habe mit 105 000 M. balanciert, jetzt würden es voraussichtlich 285 000 M. werden. Zweifellos also eine ganz bedeutende Vermehrung der Lasten. Andrerseits würden aber dem Bezirk durch das Gesetz über die Landessteuern doch gewisse Erleichterungen zuteil werden. Auch werde die Vergnügungssteuer ein weiterer Faktor zur Deckung des Bedarfs werden. Die Grundsteuer werde wohl auch noch ganz anders ausgebaut werden müssen. Ueber Einzelheiten lasse sich heute freilich noch nichts sagen. Der Amtshauptmann glaubte jedoch, daß durch diese Einnahmen der Bedarf werde gedeckt werden können. Er fügte noch hinzu, daß durch die Quäker reichlich 1600 Kinder an allen Wochentagen gespeist werden sollen.

Der Vorsitzende richtete die Bitte an die Amtshauptmannschaft, bei allen künftigen Maßnahmen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden Rücksicht zu nehmen.

Genosse Thomas, Bannewitz, meinte, wenn man die Sache lediglich vom Gesichtswinkel der Gemeindevorstände aus betrachte, man dann überhaupt nicht vorwärts käme. Neben der Verbesserung der Lebensmittelverhältnisse sei die Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse eine unbedingte Notwendigkeit. Ohne die sei eine Besserung unsres Volkslebens überhaupt nicht denkbar. Dafür könnten Mittel nicht genug aufgebracht werden, auch wenn sie uns hart drücken mögen. Eine bessere Verzinsung des Kapitals sei nicht möglich, als in der Anlage für die Volksgesundheit und die Schule.

Gemeindevorstand Scheibner, Deuben, monierte hauptsächlich den Plan, die Schulzahnpflege durch hauptamtlich tätige Zahnärzte ausüben zu lassen, weil sich die Sache viel billiger machen ließe, wenn die im Bezirk wohnenden Zahnärzte und Dentisten damit beauftragt würden. Auch Gemeindevorstand Rehfeld, Stetzsch, war dafür, daß möglichst sparsam gewirtschaftet werde. Genosse Thomas, Bannewitz, entgegnete, daß er dasselbe Maß von Verantwortlichkeitsgefühl wie der Gemeindevorstand Scheibner besitze. Er wende sich nur dagegen, daß die Frage ausschließlich vom finanziellen Gesichtspunkte aus beurteilt werde. Der Amtshauptmann versicherte, immer erwägen zu wollen, was im Bezirk wünschenswert und was möglich sei. Damit war dieser Gegenstand erledigt.

Es folgt: noch ein Bericht vom Regierungsamtmann Dr. Schmidt über die Bestimmungen der

Erwerbslosenfürsorge

und Bezuschussung von Notstandsarbeiten. Danach unterliegt es für die Amtshauptmannschaft keinem Zweifel, daß die Neuregelung des Baukostenzuschußverfahrens die Vornahme gewisser Arbeiten überhaupt nicht zuläßt. Manche Materialien sind überhaupt nicht mehr zu haben oder so teuer geworden, daß von ihrer Beschaffung abgesehen werden muß. In Frage kommen hauptsächlich Zubringerarbeiten und solche Arbeiten, die wenig oder gar keine Materialien benötigen. Diese möchten freilich in viel größerem Umfange als bisher vorgenommen werden, denn im Bezirk gibt es noch immer über 5000 Arbeitslose, eine Zahl, die sich absolut nicht verringern will. Hier müsse unbedingt etwas geschehen. Die Amtshauptmannschaft werde ihrerseits alles tun, um möglichst hohe Sätze für die Gemeinden herauszuholen.

Briefkasten

M. F. Wir haben über die Frage der Wahlreform in letzter Zeit soviel gebracht, daß wir nicht jede Zuschrift verwenden und deshalb auch die Ihre leider nicht nachdrucken können.

Quittung. Für den Wahlfonds wurden mir übergeben: „Kampf den Kapp-Lettrekam" 20 000 M. (Zwanzigtausend Mark). S. J. 25 M. Weitere Beiträge nimmt entgegen Otto Kühn.

Quittung. 6. Bezirksgruppe. Für den Wahlfonds gingen ein: 5 M. von Frau Groschopf, Potschappel, 4 M. von Fr. Schlosser, Strehlen, durch Römer. Bombach.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

Tymians Thalia-Theater — Anfang 7 Uhr
Täglich: Die Frauen streiken.
Sonntags 2 Vorstellungen um 3½ und 7½ Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200408/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftsbewegung

Schiedsspruch für die Metallindustrie

Die Dresdner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes teilt mit:

In der strittigen Erhöhung der Mindestlöhne war vom Metallarbeiterverbande gegen den Verband der Metallindustriellen ein Schiedsgericht beantragt worden, das in der Verhandlung am 1. April folgenden Spruch fällte:

Aenderung des § 5 des noch bestehenden Tarifvertrages vom 1. Februar d. J. (Festsetzung neuer Mindestlöhne); Bezahlung einer Teuerungszulage für den Monat Januar; Bezahlung des Streiktages am 15. März 1920.

Der Spruch der Schlichtungskommission lautet:

Bezüglich des Punktes 5 des Tarifvertrages wurde beschlossen, die vereinbarten Lohnsätze zwischen Metallarbeiterverband und Arbeitgeberschutzverband haben auch Geltung für den Metallindustriellenverband.

Die Teuerungszulage für den Monat Januar 1920 soll neben den bisher gewährten 1.50 M. für Verheiratete 50 M. und für Ledige und Arbeiterinnen 30 M. betragen. Die über 1.50 M. hinaus gezahlten Beträge sind anrechnungsfähig.

Ueber die Bezahlung des Streiktages einen Beschluß zu fällen wurde von der Kommission abgelehnt.

Den Parteien wurde aufgegeben, binnen acht Tagen ihr Einverständnis oder ihre Ablehnung an den Vorsitzenden bekanntzugeben.

Dresden, den 1. April 1920. gez. M. Haack,
gez. Dr. Hemse. O. Kerigke. Ort.
" M. Teuber, A. Lindner, O. Brand.

Die Parteien haben ihr Einverständnis mit dem Spruch abgegeben und die vereinbarten Lohnsätze haben demzufolge Gültigkeit. Der Ergänzungstarif kann von Freitag abend an im Bureau des Metallarbeiterverbandes, Schützenplatz 20, II., entgegengenommen werden.

Vom Arbeitsmarkt

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Februar 1920 berichtet der Vorspalt des vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Reichs-Arbeitsblatts wie folgt:

Das erfreuliche Zeichen einer sich anbahnenden Besserung in der Gesamtlage des Wirtschaftslebens waren im Februar unstreitig die nach längeren Verhandlungen seitens der Bergarbeiterverbände zugelassenen und vom 23. Februar an tatsächlich verfahrenen Ueberschichten im Steinkohlenbergbau. Als Folge ließ sich bald eine Steigerung der geförderten Kohlenmengen feststellen, und wenn eine Auswirkung hiervon in der Betriebslage der einzelnen Industrien einstweilen auch noch nicht in Erscheinung trat, so war damit doch immerhin ein erster grundlegender Schritt auf dem Wege zur Erhöhung der Gesamtarbeitsleistung der deutschen Volkswirtschaft getan.

Die seit Jahren immer wieder vorgebrachten Klagen über Kohlen- und Rohstoffknappheit erfuhren im Berichtsmonat keine wesentliche Verringerung, indessen blieben wenigstens dem Wirtschaftsleben schwerere Störungen erspart, so daß eine gewisse Besserung der Arbeitsmarktlage nicht zu verkennen war. Die anhaltend günstige Witterung bot auf zahlreichen Arbeitsgebieten vermehrte Beschäftigungsmöglichkeit, und selbst das Rückströmen beträchtlicher Mengen aus französischer Kriegsgefangenschaft sowie die Schließung mehrerer staatlicher Eisenbahnwerkstätten blieben ohne nachhaltige Wirkung.

Als Sonderbeilage sind der Märznummer „Untersuchungen und Vorschläge zur Beteiligung der Arbeiter an dem Ertrage wirtschaftlicher Unternehmungen" beigefügt.

Schafft ein Reichsheimstättenamt!

Eine Forderung der Gewerkschaften

Von dem Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt (Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der deutschen Gewerkvereine — Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften —, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Deutscher Beamtenbund), hinter dem sämtliche deutschen Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren 15 Millionen Mitgliedern stehen, geht ein Aufruf aus, dem wir folgendes entnehmen: „Ihr Männer und Frauen des Volkes, laßt euch durch keinen Namen und durch kein Schlagwort mehr betören! [illegible] Wir verlangen [illegible] und [illegible] Eine unerläßliche Vorbedingung [illegible] von einem [illegible] Wohnungsbau [illegible] erwidert! [illegible] zu einem [illegible] des Bodens und der [illegible] Der [illegible] Heimstättenrecht, das jedem [illegible] eine gesicherte Heimstätte für sich und die Seinen zu erwerben. Der Boden muß in ganz anderer Weise als bisher, wenigstens teilweise gärtnerischer Nutzung dienstbar gemacht werden — unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Stadt muß von einem dichten Netz von Gärten umgeben sein!

Die nachweisen Lebensgüter, Nahrung und Wohnung, werden vermehrt; das Angebot steigt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben außer ihrem Lohn noch die Erträgnisse ihrer Gartenarbeit und Kleintierzucht.

Dulden wir keine Spekulation mit den Lebensmitteln und Lebensgütern, die wir dem heiligen Grunde unsers Vaterlandes verdanken! Dulden wir keine planlose Vergeudung, keinen Wucher mit den Stellen, auf denen wir unsere Heimstätten erbauen müssen. Die Bodenspekulation hat unser Volk zermürbt! Teurer Boden bedeutet Mietskasernen, in denen in übervölkerten Wohnungen die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder vernichtet wird. Nur auf billigem, vor Wucherhänden geschütztem Boden können Heimstätten errichtet werden. Deshalb fordern wir die sofortige Errichtung eines Reichsheimstättenamtes!

Ein Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden

hat sich mit dem Sitze in Dresden gebildet. Er bezweckt die einheitliche Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der von den Verbandsmitgliedern beschäftigten Arbeiter, ferner den Abschluß von gemeinschaftlichen Verträgen über die Arbeitsbedingungen und Löhne usw. Verbandsorgane sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Der Verbandsvorstand besteht aus 15 Vertretern der Verbandsmitglieder und wird durch die Mitgliederversammlung auf drei Jahre gewählt. Die Aufsichtsbehörde ist die Kreishauptmannschaft Dresden. Dem Verbande gehört bis jetzt eine Anzahl größerer Gemeinden Sachsens an.

Meldungen ins Wiederaufbaugebiet

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, hat sich bereit erklärt, Anfragen und Meldungen von erwerbslosen Handlungsgehilfen und Bureauangestellten zu den Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs entgegenzunehmen und weiterzugeben. Alle Anfragen und Meldungen sind mit dem Kennwort „Wiederaufbau" zu versehen und nach Ritzenbergstraße 4 zu richten.

Allgemeiner Streik in Hadersleben

Wie dem Lokalanzeiger aus Flensburg berichtet wird, herrscht in Hadersleben der Generalstreik für sämtliche Betriebe. Die Arbeiter verlangen die Einführung der Kronenwährung, da sie bei der jetzigen Methode, in Kronen zu bezahlen und in Mark zu verdienen, nicht existieren können.

Eisenbahnerstreik im Friedländer Bezirk

Friedland in Böhmen, 7. April. Ein allgemeiner Streik des Personals der Friedländer Bezirksbahnen ist laut Reichenberger Zeitung wegen abgelehnter Lohnforderungen ausgebrochen.

Streikbeendigung in Lothringen

Saarbrücken, 8. April. Der Streik in Lothringen, an dem etwa 40 000 Bergleute und Hüttenarbeiter beteiligt waren, geht nach einwöchiger Dauer seinem Ende entgegen. Die Hauptforderungen der Streikenden richteten sich gegen den von den Franzosen eingesetzten Beamtenapparat, gegen die Hüttendirektionen und gegen die systematische Entlassung und Ausschaltung elsaß-lothringischer Beamten. Obwohl die C. G. T. auf einen Generalstreik hinarbeitete, kam es nicht dazu. Die Eisenbahner, deren Eintritt in den Streik gestern früh erwartet wurde, haben nicht mitgemacht.

Streikzusammenstöße in Belfort

Havas meldet aus Belfort, 7. April: Ausständige Metallarbeiter wollten die Angestellten und Abteilungsleiter verhindern, sich an ihre Arbeit zu begeben. Die Polizei griff ein. Es kam zu Zusammenstößen. Ein Streikender wurde getötet, mehrere verwundet.

Leben · Wissen · Kunst

Konzerte

Sinfoniekonzert im Gewerbehaus. Kurz nach ihrer Aufführung im Opernhause erklang Beethovens letzte Sinfonie nun ein zweites Mal, und zwar unter Edwin Lindners anfeuernder Leitung. Es reizt, beide Aufführungen miteinander zu vergleichen. Es ist aber damit würde die Gefahr kaum zu umgehen sein, das Gute der einen mit den Vorteilen der andern zu verdunkeln. Genug zu sagen, daß die gestrige von frischzufassendem Musizieren durchpulste war und im allgemeinen gut gelang. Die Philharmoniker trafen im 1. und 3. Satz auf ansprechende Weise den Stil, musizierten im Scherzo präzis und kamen glücklich über die heiklen Stellen hinweg. Der Paukenschläger freilich zog die Aufmerksamkeit der Zuhörer durch die gelegentlich geäußerte Kraft seiner Schläge allzusehr auf sich. Er hätte etwas mehr „Raumkunst" üben sollen. So ein vierfaches donnerndes Forte schlägt ja alle Musik tot. Die Chorleistungen litten klanglich unter dem Mangel an Männerstimmen. Das Soloquartett war durch die Damen Rehberg und [illegible], Friedrich Plaschke und einen für Lußmann eingesprungenen, ungenannt gebliebenen Tenor vertreten.

P. B.

Dresdner Kalender

Theater am 9. April. Opernhaus: Zugunsten der Notleidenden im Erzgebirge: Tristan und Isolde (5 1/2). — Schauspielhaus: Minna von Barnhelm (6 1/2). — Albert-Theater (zum ersten Male): Der Glückskandidat (7). — Zentral-Theater: Hannerl (7). — Residenz-Theater: Filmzauber (7). — Königshof-Theater (zum 25. Male): Der sanfte Heinrich (7).

Kunstausstellung Richter. Die Dresdner Sezession Gruppe 1919 veranstaltet in den Räumen der Galerie Emil Richter eine Ausstellung: Gemälde, Aquarelle, Graphik vier Prager Künstler: Josef Capek, Vlastislav Hofmann, Vaclav Spala, Jan Zrzavy. — Außerdem Aquarelle und graphische Arbeiten von Kreil.

Kleine Mitteilungen

Eine neue Athena-Statue im Berliner Museum. Die Berliner Antikensammlung hat eine bedeutsame Bereicherung erfahren durch eine Kalksteinstatuette der Athena von 15,2 Zentimeter Höhe und 7,9 Zentimeter Breite, die aus Eski-Schehir stammt und zu der Gattung antiker Kopien gehört, die ihr Vorbild im verkleinerten Maßstab wiedergeben. Wie in der „Kunstchronik" ausgeführt wird, beruht der Wert der Figur darin, daß sie die Nachbildung einer Athena-Statue aus der Zeit des Phidias, der Hochblüte griechischer Kunst, ist. Die Göttin ist mit Untergewand, Peplos und links über Schulter und Arm geworfenem Mantel dargestellt. Brust und Rücken sind von einer Aegis in altertümlicher Form bedeckt. Da die Arbeit überaus sorgsam ist, so gewährt sie trotz der kleinen Maße und der starken Beschädigung durch ihre majestätische Anlage und die edle Faltengebung einen anschaulichen Begriff von der hohen Idealität, die die griechische Kunst in den Tagen des Phidias erreicht hatte.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Sonnabend den 10. April: Coschütz-Gittersee: Vortrag: Geschlechtskrankheiten (Nur für Genossinnen!). — Ottendorf-Okrilla: Abendwanderung, 7 1/2 Uhr am Bad.

Sonntag den 11. April: **Künstlerische Osterfeier** abends 6 Uhr im Logenhaus, Ostra-Allee 15. — Karten sind zum Preis von 80 Pf. bei allen Gruppenvorsitzenden und im Jugendsekretariat zu haben. — Jugendgenossen und -genossinnen! Hier wird euch für wenig Geld von namenhaften Dresdner Künstlern ein genußreicher Abend geboten. Niemand dürfte es versäumen, diese Osterfeier zu besuchen! Auch eure Eltern sowie Freunde und Freundinnen sind herzlichst willkommen!

Arbeitsgemeinschaften. Alle Jugendgenossen, die für die Arbeitsgemeinschaften Interesse haben, werden dringend gebeten, Dienstag den 13. April, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus zu erscheinen. Wir wollen uns über die Erfahrungen der bisherigen Tätigkeit aussprechen, die künftige Methode und die Stoffwahl beraten. Es wird dringend gebeten, daß gerade diejenigen, die in letzter Zeit nicht mehr erschienen sind, dem Leiter ihre Ansichten und Ausführungen mitteilen. Auch schriftliche Anregungen an das Jugendsekretariat sind äußerst willkommen. Es wird die Errichtung von fünf Arbeitsgemeinschaften geplant.

Ausgabe der Kohlenbezugsscheine für die Monate Mai bis mit Dezember 1920.

Auf Grund von § 28 der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 30. März 1918 über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen usw. wird folgendes bestimmt:

§ 1. Allgemeines.

Ausgegeben werden wiederum weiße A-Bezugsscheine an kohlenwichtige und grüne B-Bezugsscheine an kohlenunwichtige Betriebe. Die Gültigkeit der Bezugsscheine erstreckt sich auf die Kartenreihe IX und X zugleich (das sind die Monate Mai bis mit Dezember 1920).

§ 2. Beantragung.

Allen bisher schon als bezugsscheinberechtigt anerkannten Anlagen ist diesmal ein Antragsvordruck durch die städtische Wohlfahrtspolizei zugestellt worden. Die Ausfüllung und Einreichung des Antrags bei der Bezugsscheinabteilung des Kohlenamts, Fröbelstraße 1, I., Zimmer 8, hat, soweit noch nicht geschehen, umgehend zu erfolgen.

Wer einen solchen Antragsvordruck nicht erhalten hat, trotzdem aber glaubt, Anspruch auf Hausbrandkohle für seinen Betrieb zu haben, kann sich im Kohlenamte einen Vordruck zur umgehenden Antragstellung geben lassen.

Die Einreichung der Anträge hat spätestens bis **Donnerstag den 15. April 1920** zu erfolgen.

§ 3. Inhalt des Antrags.

Der Antrag auf Erteilung eines Kohlenbezugsscheines muß enthalten
1. die Größe des bei der Antragstellung vorhandenen **Vorrates**,
2. den bei knappster Bemessung geforderten **monatlichen Bedarf**
   a) für **Betriebszwecke**, d. i. für Kochkessel- und Betriebsküchenfeuerung, Schmiedefeuer, Lötofen, Bäckerofen, Maschinenantrieb und ähnliche gewerbliche Anlagen,
   b) für **Raumbeheizung** im Winter;
3. die Angaben
   a) ob die Brennstoffe zur Erledigung eines behördlichen oder sonst wichtigen Auftrages gebraucht werden,
   b) zu welchem Zwecke sie sonst benötigt werden;
4. die **Versicherung** des Antragstellers, daß die Fragen **nach bestem Wissen und Gewissen** beantwortet sind. Bei Anträgen von Behörden entfällt diese Versicherung.

§ 4. Bedarfsbescheinigung.

Dem Antrage ist bei den nachstehend genannten Betrieben eine **Bedarfsbescheinigung** und, falls amtliche Aufträge vorliegen, auch eine **Bescheinigung** der zuständigen Stelle über die Erteilung und den Umfang **des Auftrages** beizufügen. Früher erfolgte Einreichung von Nachweisen entbindet nicht von erneuter Vorlegung.

Bedarfsbescheinigungen werden nur dann **als gültig anerkannt**, wenn sie **ausgestellt** sind:
bei **Behörden** und mit den Befugnissen einer Behörde ausgestatteten Stellen vom Vorstand oder dessen Bevollmächtigten,
bei **Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, Kliniken, Lazaretten** usw. vom Leiter (es ist die Zahl der Insassen und des Personals anzugeben),
bei **Bäckereien** und allen andern einer Innung angehörigen **kleingewerblichen Betrieben** von der zuständigen **Innung**,
bei **Gastwirtschaften, Fremdenhöfen, Fremdenheimen und Kantinen** von den Vereinigten Hotel-, Gast- und Saalinhaber-Vereinen, Breite Straße 18,
bei **Volksküchen** vom Volksküchenausschuß,
bei **Gärtnereien** vom Gärtnerverein für **Dresden und Umgegend**.

Im übrigen werden Bedarfsbescheinigungen **nicht gefordert**.

§ 5. Bewilligung.

Bewilligt wird
a) für alle Monate (Mai bis Dezember) der **Bedarf für Betriebszwecke**,
b) für die Monate Oktober bis Dezember der **Bedarf für Raumbeheizung**.

Die **Anforderung** von **Betriebskohle** (a) zum **Zwecke der Erwärmung der Betriebsräume** (also zur Raumbeheizung) ist **unzulässig**.

§ 6. Belieferung.

Welche Mengen die Händler auf die Bezugsscheine liefern dürfen, ist **aus den** jeweils am Monatswechsel erscheinenden Ratsbekanntmachungen **über den Verkehr** mit Kohle zu ersehen.

§ 7. Anträge auf Nachbewilligungen.

Etwa notwendige Nachbewilligungen für die Zeit bis **Ende Dezember d. J. sind nicht durch einen zweiten Antragsvordruck, sondern ausschließlich** schriftlich unter eingehender Begründung und unter **Bezugnahme auf den bereits eingereichten Antrag** beim Kohlenamte anzufordern.

Betriebsvorratsänderungen können nur in ganz besondern Ausnahmefällen eine Erhöhung der Zuweisung begründen.

§ 8. Zufertigung der Bezugsscheine und Anmeldung beim Händler.

Die Kohlenbezugsscheine werden den Antragstellern als **portopflichtige Dienstsache** zugefertigt, und zwar werden zunächst die Scheine ausgegeben, deren Antragsteller Betriebskohle im Sommer benötigen. Die **Bezugsscheine** für Winterheizkohle folgen später.

Beim Händler hat die Anmeldung **binnen 8 Tagen** nach Empfang zu erfolgen. Der **Händler** hat die Scheine gegen Empfangsbestätigung **einzubehalten**.

§ 9. Schlußbestimmungen.

Im übrigen finden die Vorschriften der Ratsbekanntmachung **vom 30. Oktober 1918** über den Verkehr mit Hausbrandkohle in der Stadt Dresden und ihre Nachträge allenthalben entsprechende Anwendung. [1637]

Dresden, den 6. April 1920. **Der Rat zu Dresden.**

Verteilung

von a) Kartoffeln und
b) Getreidemehl an Stelle von Kartoffeln.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird für die Woche **vom 11. bis 17. April** folgendes bestimmt:

I.

§ 1. Es werden beliefert:
die Wochen-Kartoffelkarten A u. B (Nummer 8 **der Sammelkarte**, 11. bis 17. April 1920) **mit je 3 Pfund Kartoffeln.**

Der Preis für 1 Pfund Kartoffeln beträgt 30 Pf.

§ 2. Vereinslazarette, militärische Genesungsheime, Massenquartiere, Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Mehlbezirk Bezugscheine nach dem Satze in § 1.

§ 3. Die Anmeldung der Wochen-Kartoffelkarten und Kartoffelbezugsscheine in einem Kleinhandelsgeschäft hat **bis spätestens Freitag den 9. April 1920, mittags 12 Uhr**, zu erfolgen.

Die Geschäftsinhaber haben die Wochen-Kartoffelkarten und Kartoffelbezugscheine bis spätestens **Sonnabend den 10. April 1920, vormittags 10 Uhr**, beim Mehlbezirk einzureichen.

Die Mehlbezirke haben die Bedarfslisten **Sonnabend den 10. April 1920 bis nachmittags 1 Uhr** aufzustellen.

Die Bezirkshändler haben die Bedarfslisten **Sonnabend den 10. April 1920, nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr**, im Mehlbezirk abzuholen.

§ 4. Militärurlauber-Lebensmittelkarten sowie Kartoffelzusatzkarten für Kranke sind mit den durch sie nachgewiesenen Kartoffelmengen, Binnenschiffer-Lebensmittelkarten nach **dem Satze von 5 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche** zu beliefern.

§ 5. Gastwirtschaften, Schank- und Speisewirtschaften, Fremdenhöfe und dergleichen erhalten für die Woche vom 11. bis 17. April 1920 Kartoffelbezugscheine über die von den Betriebsinhabern abgelieferten Abschnitte der Landes-Gasthauskartoffelmarke. Fremdenhöfe und Pensionswirtschaften überdies über die an Fremde abgegebenen Kartoffelmengen nach dem Satze von 3 Pfund wöchentlich ausgestellt.

II.

§ 6. An Stelle der **ausfallenden Kartoffeln** werden beliefert die Abschnitte 8 der roten Kartoffel-Ersatzkarte A und der blauen Kartoffel-Ersatzkarte B (11. bis 17. April 1920) **mit je 200 Gramm Weizenmehl oder Roggenmehl oder Gerstenmehl.**

§ 7. Vereinslazarette, militärische Genesungsheime, Massenquartiere, Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Mehlbezirk, soweit sie nicht auf Landes-Kartoffelkarte mit Kartoffeln eingedeckt sind, für die von ihnen zu verpflegenden Personen Bezugscheine über „Getreidemehl an Stelle von Kartoffeln" nach dem Satze in § 6.

§ 8. Der Bezug des **Getreidemehles ist ohne Voranmeldung in der Zeit vom 13. bis 21. April 1920** zulässig.

Die Geschäftsinhaber haben auf je einen Abschnitt 8 der roten Kartoffel-Ersatzkarte A und der blauen Kartoffel-Ersatzkarte B (11. bis 17. April 1920) 200 Gramm, auf die Bezugscheine die auf ihnen vermerkte Menge Getreidemehl abzugeben und die beliefersten Abschnitte 8 **bis spätestens zum 27. April 1920** beim Mehlbezirk zur Ausstellung von Bezugscheinen über „Getreidemehl an Stelle von Kartoffeln" einzureichen.

§ 9. Der Preis beträgt 29 Pf. für 200 Gramm Weizenmehl oder Roggenmehl oder Gerstenmehl.

§ 10. Zuwiderhandlungen werden nach § 35 der Ratsbekanntmachung vom 27. September 1919 und nach § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft. [1684]

Dresden, am 7. April 1920. **Der Rat zu Dresden.**

Abgabepflicht des Milchhandels an die Stadtkasse.

Auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 28. Februar 1920 über **Milchhöchstpreise** wird in Ausführung der Vorschriften in § 2 Abs. 2 dieser Verordnung zum Zwecke
des Ausgleiches des Preisunterschiedes zwischen der aus Zone I und der aus Zone II nach Dresden eingeführten Vollmilch
folgendes bestimmt:

§ 1. Milchhändler — Großhändler oder Kleinhändler —, die Vollmilch in Dresden einführen oder hier erzeugte Milch zum Zwecke des Weiterverkaufs beziehen, haben vom 1. März 1920 an für jedes Liter dieser Milch 4 Pf. an die beim Lebensmittelamt des Rates zu Dresden eingerichtete Abrechnungsstelle abzuführen.

§ 2. Dresdner und auswärtige Kuhhalter haben vom 16. März 1920 an für die von ihnen an Verbraucher im Stadtgebiet abgegebene Milch [illegible] für das Liter beim Verkaufe ab **Wagen oder frei Haus** und [illegible] für das Liter beim Verkaufe **ab Stall** an den Rat zu Dresden, Lebensmittelamt, abzugeben.

§ 3. Von den nach § 1 und § 2 zu entrichtenden Abgaben wird dagegen für jedes aus Zone II nach Dresden eingeführte Liter Vollmilch [illegible] von dem Rat zu Dresden, Lebensmittelamt, zurückvergütet. Die Auszahlung erfolgt an diejenigen Milchhändler, die Milch aus Zone II in das Stadtgebiet einführen.

Maßgebend für die Abrechnung sind die nach den Ratsbekanntmachungen vom 18. und 19. Oktober 1917 über den Verkehr mit Vollmilch und die Selbstversorgung Dresdner Kuhhalter bei den Mehlbezirken zu erstattenden Anzeigen über in Dresden eingeführte oder in Dresden erzeugte Milch.

In Zweifelsfällen ist der Rat zu Dresden, Lebensmittelamt, berechtigt, die Geschäftsbücher, Rechnungen oder sonstige Unterlagen zum Zwecke der Abrechnung einzufordern.

§ 4. Den Kuhhaltern und Milchhändlern wird monatlich von der Abrechnungsstelle über den von ihnen zu zahlenden oder an sie zurückzuzahlenden Ausgleichsbetrag Abrechnung erteilt.

Die Abgaben sind innerhalb der auf der Rechnung vermerkten Frist an die Stadtkasse zu bezahlen.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung werden nach § 4 Abs. 2 der Verordnung des Wirtschaftsministeriums über Milchhöchstpreise vom 28. Februar 1920 in Verbindung mit §§ 6, 18 der Verordnung der Kriegsernährungsamts über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1917 bestraft. [illegible]

Dresden, am 31. März 1920. **Der Rat zu Dresden.**

Verteilung von Milchsüß-Speise.

Auf Abschnitt 45 der weißen und roten Brotzusatzkarte werden **50 Gramm Milchsüß-Speise** verteilt.

Bis zum 12. April 1920 sind die Anmeldeabschnitte von den Verbrauchern in einem Kleinhandelsgeschäft,
bis zum 14. April 1920 von den Kleinhändlern bei der zuständigen Abhandelsorganisation oder beim Großbetriebe,
bis zum 16. April 1920 von diesen bei der **Amtshauptmannschaft** anzumelden.

Nachanmeldungen bleiben unberücksichtigt.

Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 21. April 1920 erfolgen.

Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt 90 Pf. für 50 Gramm.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft. [illegible]

Dresden-N., am 7. April 1920.

Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.

Die unter den Pferden des Gutsbesitzers **Hermann Hempel** in [illegible] Nr. 34 und des **Rittergutes Grünberg** ausgebrochene **Räude** ist **erloschen.**

Unter den Pferden der Speditionsfirma **Franz Rothe** in Radebeul, Sidonienstraße 7, ist die **Räude ausgebrochen.**

Dresden-Neustadt, am 6. April 1920.

[1101] Die **Amtshauptmannschaft.**

Briesnitz.

Zufolge des Beschlusses des Schulvorstandes haben von Ostern 1920 an alle in Briesnitz-Gemeinde wohnhaften Kinder die Briesnitzer Schule zu besuchen, sofern sie nicht in höheren Lehranstalten Unterricht erhalten. Eine Ausnahme hiervon machen nur die Kinder der ersten drei Schuljahre.

Die Aufnahme der Schulanfänger findet Montag den 12. April, nachmittags 2 Uhr, in der Turnhalle statt. Die Anmeldung der Neuschüler und -schülerinnen hat Sonnabend den 10. April, nachmittags von 4—6 Uhr, und Sonntag den 11. April, vormittags von 10—12 Uhr, zu erfolgen. Der Unterricht der männlichen Abteilung beginnt Montag den 12. April, nachmittags 3 Uhr, der der weiblichen Abteilung Donnerstag den 15. April, nachmittags 2 Uhr. Sprechzeit des Schulleiters: wochentags von 10—12 Uhr vormittags, Montags und Donnerstags auch von 2—6 Uhr nachmittags.

Briesnitz, am 7. April 1920. **Der Schulverband.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200408/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG